



Makroökonomische Analyse.

Eine schwache Wirtschaftstätigkeit kennzeichnete das Jahr 1992 in Europa. Das Wirtschaftswachstum ging nicht über 1,1% hinaus, die Unternehmen schränkten ihre Investitionen ein und die Verbraucher übten Zurückhaltung. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an und traf nun mehr als 10% der erwerbstätigen Bevölkerung. Da Deutschland nicht mehr als Lokomotive des Wirtschaftswachstums fungierte, griffen die Auswirkungen des konjunkturellen Rückgangs immer weiter um sich. Der Schock dieser Rezession wird 1993 noch stark nachwirken, so daß in einigen europäischen Ländern wie Deutschland und Frankreich womöglich mit negativen Wachstumsraten zu rechnen sein wird. Nur der langsam einsetzende Aufschwung in den Vereinigten Staaten im Jahre 1993 (und in einem geringeren Ausmaß die Konjunkturbelebung in Großbritannien) könnten als Anzeichen einer 1994 in Europa beginnenden wirtschaftlichen Erholung gewertet werden.

In der europäischen Konjunktur der Jahre 1992-1993 hatte die wirtschaftliche Lage in Deutschland einen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftstätigkeit der übrigen europäischen Länder. Auf den durch die Wiedervereinigung ausgelösten Wirtschaftsboom der Jahre 1990-1991 folgte ein zunehmender Rückgang. Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung führte der Lohnausgleich, die schwache Arbeitsproduktivität und die Parität zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Mark zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Risiko inflationärer Entgleisung. Die von der Bundesregierung getroffenen restriktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die diese Gefahr abwenden sollten, haben sich auf ganz Europa ausgewirkt.

Die folgende Analyse befaßt sich zunächst mit den allgemeinen makroökonomischen Tendenzen, die in Beziehung zu den Entwicklungen der Währungs- und Haushaltspolitiken der verschiedenen europäischen Länder gesetzt werden. Sodann werden die Politiken der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1992 dargestellt, im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage der Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und Osteuropas. Vor dem Hintergrund der makroökonomischen Tendenzen und der europäischen Politiken lassen sich zum Abschluß das Verhalten der europäischen Unternehmen und ihre Strategien analysieren, mit denen sie die Schwächen und Turbulenzen der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit zu bewältigen versuchen.



- 1. Makroökonomische Tendenzen in Europa.**
- 2. Europäische Politiken.**
- 3. Investitionen und Strategien der Unternehmen in Europa.**

Jean-Louis Mucchielli
Professor an der Universität Paris I
Panthéon-Sorbonne

Quellen :

EBRD
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London (GB)

EG-Kommission, Bruxelles (B)

EBPG
European Business Press Group, Zellick (B)

Eurostat, Luxembourg (L)

IWF
Internationaler Währungsfonds, Washington DC (USA)

GATT
Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genève (CH)

Vereinte Nationen, Genève (CH)

OECD
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris (F)

© **Europages 1993/1994**

1. Makroökonomische Tendenzen in Europa.



- 1. In Erwartung des wirtschaftlichen Aufschwungs.**
- 2. Eine weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit.**
- 3. Trotz allem ein dynamischer Außenhandel.**
- 4. Eine eingeschränkte, aber nicht risikolose Inflation.**
- 5. Besorgniserregende Haushaltsdefizite.**
- 6. Starke Spannungen die Zinssätze betreffend.**
- 7. Turbulenzen auf den Finanzmärkten.**

2. Europäische Politiken.



- 1. Das umstrittene Maastrichter Abkommen.**
- 2. Das vom Zerfall bedrohte Europäische Währungssystem.**
- 3. In Richtung einer besseren gemeinsamen Agrarpolitik?**
- 4. Neue Herausforderungen für die gemeinschaftliche Industriepolitik.**
- 5. Osteuropa: ein schwieriger Übergang.**
- 6. Die beschwerlichen Anfänge einer europäischen Umweltpolitik.**

3. Investitionen und Strategien der Unternehmen in Europa.

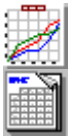


- 1. Eine ausgeprägte Zurückhaltung bei den Investitionen.**
- 2. Trotz allem haben die Unternehmen ihre Rentabilität gesteigert.**
- 3. Weiterhin dynamische internationale und europäische Direktinvestitionen.**
- 4. Welche Strategien für den Europäischen Binnenmarkt?**

1. In Erwartung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Nach der Quasi-Stagnation von 1991 wurde in den entwickelten Ländern für 1992 eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit erwartet. Diese hat jedoch nicht stattgefunden. 1992 erreichte das Wirtschaftswachstum in den entwickelten Ländern nur 1,8% und in Osteuropa 1%. Dieses Wachstum war verglichen mit den 4,4% des Jahres 1988 zu schwach, um die makroökonomischen Ungleichgewichte und insbesondere die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. In den Jahren 1993 und 1994 dürfte die allmähliche Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft die Vereinigten Staaten zur Antriebskraft der internationalen Konjunktur machen. 1993 dürfte das erwartete Expansionstempo der Produktion in den entwickelten Ländern 1% und in Osteuropa -0,3% erreichen. Für 1994 wird in Europa eine Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit erwartet.

In Anbetracht der hohen in den 80er Jahren aufgenommenen Schulden, der steigenden Arbeitslosigkeit und der hohen Zinssätze, beschränken die Verbraucher ihre Ausgaben und erhöhen ihre Sparleistung. Ebenso verhält es sich mit den Unternehmen, die ihre Investitionen einschränken. Aus diesem Grund waren die Wachstumsraten der Investitionen 1992 negativ, mit einem Wert von -2% für die Gesamtheit der europäischen Länder. Vor 1994 wird in Europa mit einem Anstieg der Wachstumsraten des privaten Verbrauchs um mehr als 2% und der Investitionen um mehr als 3% nicht zu rechnen sein.



BIP und BIP pro Einwohner in Westeuropa 1992.

BIP-Wachstum bei konstanten Preisen in Westeuropa 1991-1994.

2. Eine weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit.

Aufgrund der Schwäche der Wirtschaftstätigkeit konnte das kontinuierliche Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht gebremst werden. 1993 sind in Westeuropa mehr als 20 Millionen Personen davon betroffen, also mehr als 10% der erwerbstätigen Bevölkerung. Einige europäische Länder (Dänemark, Italien, Großbritannien) werden voraussichtlich die 11%-Schwelle überschreiten, bevor sie 1994 im Zuge der erwarteten Konjunkturbelebung einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen. In den Jahren 1993/94 weisen die europäischen Länder weiterhin äußerst unterschiedliche Arbeitslosenquoten auf: in Spanien könnte 1993 die 20%-Quote überschritten werden; in Norwegen, Schweden und in den Niederlanden hingegen werden weniger als 7% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos sein. Deutschland blieb bisher zwar relativ verschont, doch wird die Arbeitslosenquote, die 1990 bei 5% lag, 1993 voraussichtlich auf mehr als 8% steigen, was auf die Konjunkturabschwächung und den Schock der Wiedervereinigung zurückzuführen ist.

Das Fortdauern der globalen kurzfristigen Arbeitslosigkeit wird zum Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit führen (12 Monate und länger), von der zu Anfang der 90er Jahre bereits 50% der Arbeitslosen betroffen waren. Die Dauerarbeitslosigkeit wird die nordischen Länder wie Finnland, Schweden und Norwegen, die von diesem Phänomen bisher verschont waren, voraussichtlich vor erhebliche Probleme stellen. Die Arbeitsplatzverluste werden zudem von anderer Art sein als diejenigen, die die vorausgehenden Konjunkturzyklen kennzeichneten. Sie betreffen eine höhere Anzahl von Branchen als zuvor und sogar die Dienstleistungsunternehmen. Die Umstrukturierungen, wie sie 1993 im Zuge der Öffnung des Europäischen Binnenmarktes in Angriff genommen wurden, sind ebenfalls mit einem Abbau von Arbeitsstellen verbunden.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die 1991 stagnierte, war 1992 in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zum ersten Mal seit Beginn der 80er Jahre rückläufig. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich allgemein verschlechtert und der durchschnittliche Beschäftigungsgrad wird bis 1994 voraussichtlich um jährlich 0,5% abnehmen. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß die Arbeitslosenquote, die 1992 bei 9,5% der erwerbstätigen Bevölkerung lag, 1994 auf rund 11% ansteigen wird. Der für 1994 erwartete Aufschwung in Europa wird zwar den Beschäftigungsrückgang mit knapper Not aufhalten können, doch wird er höchstwahrscheinlich nicht dazu ausreichen, die Arbeitslosenquote zu verringern.



Arbeitslosigkeit in Westeuropa 1991-1994.

3. Trotz allem ein dynamischer Außenhandel.

Der Außenhandel hat dieser flauen Konjunktur ziemlich gut standgehalten. So lag die Wachstumsrate des Außenhandels 1992 bei mehr als 4,5% und für die Jahre 1993/94 wird eine Wachstumsrate von ungefähr 6% erwartet. In den westeuropäischen Ländern stiegen die Exporte (im Wert) im selben Rhythmus wie im Welthandel (1992 +5,5%), während das Wachstum der Importe deutlich niedriger lag als im Weltvergleich. Selbst in Deutschland ging 1992 der Importzuwachs, der 1991 13% betrug, auf 2% zurück. Diese Entwicklung führte mit den Importrückgängen in Schweden, in der Schweiz und in Finnland zu einer beträchtlichen Abnahme der allgemeinen Importe in Westeuropa.

Der Nachfragerückgang in Europa dürfte ein fortgesetztes Nachlassen der Importe zur Folge haben. Andererseits müssten die europäischen Exporte aus der Wiederbelebung einiger Außenmärkte, insbesondere des amerikanischen Marktes, Vorteil ziehen, doch sind die amerikanischen Importe bedauerlicherweise nur zu 7% europäischen Ursprungs, die japanischen Exporte werden daher viel mehr davon profitieren. In den verschiedenen Ländern der EG wird der Saldo der Warenumsätze mit dem Ausland im Laufe der Jahre 1993/94 relativ unverändert bleiben. In Deutschland müsste sich eine weitere Verschlechterung der Handelsbilanz verhindern lassen, doch da sie im Dienstleistungsverkehr defizitär ist, dürfte die Leistungsbilanz wie nun schon seit drei Jahren wieder negativ ausfallen und ein Defizit von rund 20,4 Milliarden ECU erreichen. In Griechenland, Portugal und Großbritannien werden die Handelsdefizite 1993/94 voraussichtlich weiter anwachsen.

Aufgrund der am 1. Januar 1993 eingetretenen Inkraftsetzung des Europäischen Binnenmarktes für den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen wird demnächst der innergemeinschaftliche Handel nicht mehr im Welthandel verbucht sein. Schließt man den innergemeinschaftlichen Außenhandel vom Welthandel aus, so ergeben sich beträchtliche Unterschiede in der Einschätzung der Außenhandelsstatistiken. Mit 20% des Weltexports wird dann die EG zur größten Export- und Importhandelsmacht von Gütern vor den Vereinigten Staaten und Japan. Wenn man außerdem die drei Länder chinesischen Ursprungs Hong-Kong, die Volksrepublik China und Taiwan als Handelseinheit betrachtet, so steht diese Gruppe im Weltexport an vierter und im Weltimport an dritter Stelle. Die Wachstumsraten des Handels dieser drei Länder sind mehr als zweimal so hoch wie die der westlichen Länder. Diese Wirtschaftszone stellt, wie allgemein der asiatische Südosten, eine Herausforderung und eine Chance für den Außenhandel der europäischen Staaten dar. Eine Herausforderung, weil die Einfuhren aus den asiatischen Ländern in den Jahren 1993-94 weiterhin zunehmen werden. Eine Chance, weil es sich um den einzigen Wirtschaftsraum der Welt handelt, der hohe wirtschaftliche Wachstumsraten (1992 +6%) vorweisen und folglich einen starken Anstieg der Importe (1992 +8%) und Exporte (1992 +7%) erfahren kann. Die Herausforderung ist längst Wirklichkeit, die Chancen müssen jedoch erst noch wahrgenommen werden.



Handelsbilanzen in Westeuropa 1991-1994.

Führende Export- und Importländer in Westeuropa 1992 :



Exporte.

Anteil der Länder am Gesamtexport (%).

Importe.

Anteil der Länder am Gesamtimport (%).

4. Eine eingeschränkte, aber nicht risikolose Inflation.

Von 1991 bis 1993 ist die Inflation weiterhin zurückgegangen. Im allgemeinen sind die Inflationsraten die niedrigsten seit Anfang der 60er Jahre. 1992 lag die durchschnittliche Inflationsrate in den Ländern der EG bei 4,4%, während sie in den 80er Jahren bei 7,7% und in den 70er Jahren sogar bei mehr als 10% lag. Diese Desinflation ist auf die Schwäche der Wirtschaftstätigkeit zurückzuführen, die eine zurückhaltende Lohnpolitik und die Reduzierung der Gewinnspannen in Industrie und Handel zur Folge hatte. Die geringeren Preise bei eingeführten Rohstoffen, insbesondere Erdöl, hatten ebenfalls einen beträchtlichen Einfluß auf den Rückgang der Inflationsraten. Der internationale Wettbewerb, insbesondere von seiten der östlichen und asiatischen Länder, übte ebenfalls in zahlreichen europäischen Branchen einen starken Druck auf die Verkaufspreise aus. So liegen die Produktionskosten in der Fertigungsindustrie erstaunlich niedrig. 1991 und 1992 waren in der EG Steigerungsraten von 2,2% und 1,4% zu verzeichnen. Damit lagen sie deutlich niedriger als die schon auf geringem Niveau liegenden Teuerungsraten der Verbraucherpreise.

Mit einer Preissteigerungsrate von 4,5% kamen 1992 in Deutschland inflationistische Spannungen auf, während in den 80er Jahren die traditionell niedrige Inflationsrate unter 3% gelegen hatte. Die Lohnerhöhungen in den östlichen Bundesländern führten zu einem Anstieg der Verbrauchernachfrage, ohne daß eine entsprechende Zunahme des Warenangebots gegeben war. Der dadurch ausgeübte Druck auf die Preise führte zu Preissteigerungen, die die Bundesregierung 1991 und 1992 mit Hilfe von restriktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen einzuschränken versuchte. 1993 dürfte die Inflationsrate unter Berücksichtigung der Auswirkungen der im Januar erhöhten Mehrwertsteuer im vereinigten Deutschland 4,4% erreichen.

Im Vergleich zu den Jahren 1991 und 1992 werden die für 1993 und 1994 erwarteten Inflationsraten noch niedriger sein. Diese Desinflation ist das Resultat der schlechten Konjunktur am Arbeitsmarkt und der anhaltenden Nachfrageschwäche. Bis Ende 1994 wird in den westeuropäischen Ländern mit einer Inflationsrate von rund 3,6% zu rechnen sein. Seit 1960 wäre dies das niedrigste Inflationsniveau. Nicht auszuschließen wäre jedoch die Möglichkeit von Preissteigerungen, die durch vorzeitige konjunkturbelebende Maßnahmen der Regierung oder durch einen schwerwiegenden sozialen Druck im Zusammenhang mit einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit ausgelöst werden könnten. Vor allem in der EG sind trotz der sinkenden Inflationsrate beträchtliche Erhöhungen der Importpreise nicht auszuschließen, durch die Entwertung einiger europäischer Währungen und den Wertanstieg des amerikanischen Dollars. Im EG-Durchschnitt stieg die Teuerungsrate für den Import von Gütern und Dienstleistungen von 1992 bis 1993 von -0,4% auf rund 5%. Besonders markant ist dieser Preisanstieg in jenen Ländern, deren Währungen 1992 entwertet wurden, wie Großbritannien, Italien und Spanien.



Entwicklung der Inflationsraten in Westeuropa 1991-1994.

Inflation in Westeuropa 1991-1994.

5. Besorgniserregende Haushaltsdefizite.

Im Zeitraum 1990-93 war die Lage der westlichen Länder durch beträchtliche, zunehmende Haushaltsdefizite gekennzeichnet. Das Abflauen der Wirtschaftstätigkeit führte 1991 zu einer Verschlechterung dieser Situation. In Deutschland belasteten die aus der Vereinigung entstehenden Kosten den Bundeshaushalt durch eine erhebliche Expansion der Ausgaben und verursachten 1991 und 1992 eine Zunahme des Haushaltsdefizits um zusätzliche 3,2% des BIP. In Großbritannien brachte die Rezession 1991 und 1992 einen starken Zuwachs der Defizite mit sich, und trotz der für 1993 vorhergesehenen konjunkturellen Wiederbelebung ist in demselben Jahr mit einer Verstärkung des Defizits zu rechnen. In Italien überstieg das Haushaltsdefizit 1992 11% des BIP, obwohl die Regierung nur 8,4% vorgesehen hatte. In den skandinavischen Ländern ist die Lage keineswegs besser. Finnland, Norwegen und Schweden waren mit einer beträchtlichen Verschlechterung ihrer öffentlichen Haushalte konfrontiert und wiesen 1991 und 1992 bedeutende Defizite auf. Auch die Staatsverschuldung hat stark zugenommen. Im Durchschnitt stieg sie in den entwickelten Ländern von 1979 bis 1992 von 22% des BIP auf 43,6%. In einigen europäischen Ländern wie Belgien, Italien, Griechenland und Irland ist die Staatsverschuldung besonders hoch. Diese Defizite führten zu einer beträchtlichen Verschuldung der öffentlichen Haushalte und zur Überbelastung durch wachsende Zinsausgaben. Die öffentliche Verschuldung in den entwickelten Ländern stieg von 1979 bis 1992 durchschnittlich von 23% des BIP auf 43,5%. Im Zeitraum von 1989 bis 1992 haben sich die Haushaltssalden in allen europäischen Ländern erheblich verschlechtert. Die Finanzierungsmittel und Finanzierungsbedürfnisse der öffentlichen Verwaltung stellen einen aussagekräftigen Indikator für die Haushaltslage eines Landes dar. Die Netto-Finanzierungsbedürfnisse haben in dem genannten Zeitraum um drei Punkte des BIP zugenommen. Zum Teil ist dies auf den Konjunkturrückgang zurückzuführen, durch den sich die Haushaltseinnahmen verringert haben. Außerdem ist die strukturelle Zusammensetzung der Defizite ständigen Verschiebungen unterworfen, denn die Transferzahlungen (z. B. Gesundheit, Renten, Arbeitslosenunterstützung) sind insbesondere in Deutschland, Großbritannien und Skandinavien stark angestiegen.

Aufgrund der hohen Defizite werden in zahlreichen europäischen Ländern Programme für Haushaltskürzungen verabschiedet. So haben Ende 1992 Belgien, die Niederlande, Italien und Spanien trotz schwacher Wirtschaftstätigkeit Haushaltspläne zur Haushaltssanierung aufgestellt, die sich bis 1996 erstrecken sollen und die Anfang 1993 zum Teil schon in Kraft treten. Die geplanten Härtemaßnahmen stellen in Italien 6% des BIP dar, in Belgien 2% und in den Niederlanden 0,7%. Die Durchführung dieser Maßnahmen könnte jedoch auf Schwierigkeiten stoßen, wenn die Konjunktur 1993 nicht besser sein sollte. Um die öffentlichen Ausgaben zu beschränken, versuchen die Regierungen zunächst durch strukturelle Maßnahmen die Konten der sozialen Sicherung auszugleichen (Gesundheit, Altersvorsorge, Arbeitslosigkeit). So beabsichtigt beispielsweise die italienische Regierung, die Renten 19 Monate lang zu blockieren und sie anschließend nur noch an die Inflationsrate zu indexieren, ohne zusätzliche Steuererhöhungen zu ermöglichen. Außerdem soll das Pensionsalter um 5 Jahre heraufgesetzt werden. In allen genannten Ländern werden ebenfalls die Leistungen der staatlichen Krankenversicherungen gekürzt. Zudem sind Abstriche in den Verteidigungshaushalten, im sozialen Wohnungsbau und im Transportwesen vorgesehen. Schließlich wird die Steigerung der unmittelbaren Ausgaben durch das Einfrieren der Löhne (Italien) oder der Anzahl der Stellen im öffentlichen Dienst (Spanien) eingedämmt werden.

Hinsichtlich der Steuereinnahmen werden die erwarteten eventuellen Erhöhungen aufgrund des schon hohen Niveaus der gesetzlichen Abgaben begrenzt sein, und es lassen sich nur einige geringfügige Erhöhungen direkter und indirekter Steuern in Betracht ziehen. Dafür verfolgen die meisten westeuropäischen Länder mittelfristige Privatisierungspläne. So hat Italien 1993 die Absicht, einen Teil des öffentlichen Sektors für einen Betrag von rund 16 Milliarden ECU zu verkaufen, Belgien verfolgt einen sich auf vier Jahre erstreckenden Privatisierungsplan von 1,2 Milliarden ECU. Spanien hofft durch Privatisierungen mehr als eine Milliarde und Frankreich 5,8 Milliarden ECU einzutreiben.



Haushaltsdefizite in Westeuropa 1991-1994.



Nettoverschuldung der öffentlichen Verwaltungen in Westeuropa 1989-1994.

© Europages 1993/1994

6. Starke Spannungen die Zinssätze betreffend.

Das hohe Niveau der Zinssätze in Europa war größtenteils das Ergebnis der in Deutschland im Zuge der Wiedervereinigung 1990 vorgenommenen Abänderungen der Haushalts- und Währungspolitik. In der ersten Phase trug die Ausdehnung des Haushalts in Deutschland und in ganz Europa zum Wirtschaftswachstum bei. Der Saldo der deutschen laufenden Handelsbilanz verschlechterte sich 1990 und 1991 um einen Betrag, der 6% des BIP entsprach, und brachte eine Zunahme der Einfuhren aus den EG-Ländern herbei. Da die inflationistischen Spannungen in Deutschland immer besorgniserregender wurden, ergriff die Bundesbank strenge geldpolitische Maßnahmen, die in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zu einer Erhöhung der Zinssätze führten, zu dem selben Zeitpunkt, wo die antreibende Wirkung auf die Nachfrage der Exporte nach Deutschland abzuflauen begann. Die hohen Zinssätze belasteten daraufhin in zunehmendem Maße die Wirtschaftstätigkeit in ganz Europa.

Im Gegensatz dazu setzten die Vereinigten Staaten die kurzfristigen Zinssätze herab, um die wirtschaftliche Ankurbelung durch verbilligte Kredite zu erleichtern. Nach den ersten acht Monaten des Jahres 1992 erreichten die Zinsgefälle jenseits und diesseits des Atlantiks historische Höchstwerte. So wurde der amerikanische Diskontsatz auf 3% gesenkt, während der Diskontsatz der Bundesbank auf 8,75% stieg. Im August erreichte der Abstand zwischen den dreimonatigen amerikanischen und deutschen Sätzen mit 6,6 Punkten den Höchststand. Die Unterschiede zwischen den amerikanischen (negativen) und japanischen (um 2%) kurzfristigen realen Sätzen (Nominalsätze minus Inflationsrate) und den europäischen Sätzen, die in Deutschland bei 4% und in anderen Ländern noch höher lagen, haben eine Welle von Währungsspekulationen ausgelöst. Im Laufe des Jahres 1993 werden die Abnahme der inflationistischen Spannungen in Deutschland und die erwartete Zurückhaltung bei den kommenden Lohnforderungen nach und nach bedeutende Zinssatzsenkungen in ganz Europa mit sich bringen.



Kurz- und langfristige Zinssätze in Westeuropa 1991-1994.

7. Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

Im Zuge der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte der 80er Jahre konnte das Angebot an Finanzdiensten für private Haushalte und Unternehmen diversifiziert werden. Außerdem konnte die Effizienz des Finanzsektors erhöht werden. Der zunehmende Wettbewerb zwischen den Kreditinstitutionen sowie die fortgesetzte Expansionstendenz der 80er Jahre haben sicherlich zu der beträchtlichen Verschuldung der Unternehmen und der privaten Haushalte beigetragen. Dies führte zu einer raschen Erhöhung der Preise der Aktiva (insbesondere der Immobilien), die durch Spekulationstendenzen gefördert wurde, und zu einer hohen Verschuldung mit entsprechenden Rückzahlungsverpflichtungen. Die zunehmende Beanspruchung von Fremdkapital hat zu einer Erhöhung der Preise für bewegliche und unbewegliche Aktiva beigetragen, und der Zuwachs an Aktiva hat anscheinend die Verschuldungsfähigkeit der privaten Haushalte und der Unternehmen gesteigert, so daß der Markt durch eine spekulative Spirale gekennzeichnet ist. In Großbritannien z. B. haben sich im Zeitraum von 1980 bis 1990 die Quoten Schulden der privaten Haushalte/BIP und Zinszahlungen/verfügbares Einkommen verdoppelt. Auch die Unternehmen haben ihre Verschuldung im Verhältnis zum BIP erhöht.

Ende der 80er Jahre hatten die Verringerung der Gewinnspanne der Unternehmen und die Erhöhung der Zinssätze eine zunehmende Verschuldung zur Folge. Als die Wirtschaftstätigkeit zurückzugehen begann, stellte sich heraus, daß die Hausspekulationen hinsichtlich der Preise der Aktiva unrealistisch wurden. 1990-91 ging die Hausse der Aktiva zurück und auf dem Immobilienmarkt begann eine starke Abwärtsbewegung der Preise, besonders in den großen Metropolen Großbritanniens, Frankreichs, Skandinaviens, Japans und der Vereinigten Staaten. Der Preissturz der Aktiva und die finanziellen Schwierigkeiten der Kreditnehmer haben den Finanz- und Banksektor in Schwierigkeiten gebracht. Das Abbröckeln der Preise im Zusammenhang mit rückläufigen Einkommen hat den Verschuldungsgrad auf untragbare Weise steigen lassen. 1991 schränkten die privaten Haushalte und die Unternehmen die Verbrauchs- und Investitionsausgaben stark ein, um Rückzahlungen bestreiten und Sparguthaben bilden zu können. Dieses Verhalten beschleunigte wiederum den Rückgang der Geschäftstätigkeit und trug zu der besonders schwachen Konjunktur bei, die das Wirtschaftsleben der europäischen Länder in den Jahren 1992 und 1993 charakterisierte.



Aktienindizes in Westeuropa 1990-1992.

1. Das umstrittene Maastrichter Abkommen.

Die Jahre 1992/93 mußten den EG-Ländern einen neuen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung bringen. Am 1. Januar 1993 wurden die Weichen für die Öffnung des EG-Binnenmarktes und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) gestellt, für dessen Verwirklichung am 11. Mai 1992 zwischen den Ländern der EG und den am Beitritt interessierten EFTA-Ländern ein Abkommen geschlossen wurde.

Im Februar 1992 unterzeichneten die Regierungen der EG-Länder das Maastrichter Abkommen, mit dem Ziel der Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Im April 1993 begannen schließlich die offiziellen Verhandlungen über Norwegens Eintritt als Mitgliedstaat in die EG. Die Zwölfer-Gemeinschaft hat das erklärte Ziel, diese Verhandlungen parallel zu denen mit Österreich, Schweden und Finnland zu führen, deren Beitritt Anfang 1995 stattfinden kann.

Trotz dieser positiven Entwicklungen stehen der europäischen Integration schwierige Jahre bevor. So wurde Anfang 1993 das Prinzip des freien Personenverkehrs noch nicht gänzlich von allen zwölf Mitgliedsländern eingehalten. Das Maastrichter Abkommen, das von den Dänen in einer ersten Volksbefragung abgelehnt, dann am 17. Mai mit Vorbehalten akzeptiert wurde, wurde erst spät in Großbritannien vom Parlament verabschiedet und trifft innerhalb der Bevölkerung der anderen Länder nicht mehr auf einhellige Zustimmung. Die Schweiz hat darauf verzichtet, einen Beitrittsantrag in den EWR zu stellen. Schließlich ist es zweifelhaft, ob der Beitritt der skandinavischen Länder tatsächlich im Jahre 1995 effektiv sein wird. Viele Fragen stehen noch offen. Die vier Mitgliedskandidaten Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland besitzen eine stark subventionierte Agrarwirtschaft, die mit der gemeinsamen Agrarpolitik (CAP = Common Agricultural Policy) unvereinbar ist. Einige Länder werden ihre Küstengewässer dem gemeinschaftlichen Fischfang zur Verfügung stellen, andere mehrere staatliche Subventionen abschaffen müssen. Außerdem sind starke Spannungen innerhalb der gemeinschaftlichen Politiken selbst aufgetreten, so unter anderem die Krise des Europäischen Währungssystems (EWS), die neue Agrarpolitik und die Agrarverhandlungen zwischen der EG und den Vereinigten Staaten im Rahmen der GATT- Abkommen.



Die Maastrichter Konvergenzkriterien.

2. Das vom Zerfall bedrohte Europäische Währungssystem.

Das Europäische Währungssystem (EWS) war fünf Jahre lang , von 1987 bis 1992 , durch stabile Paritäten gekennzeichnet. Doch vom Juli 1992 an wurde das EWS durch eine gravierende Währungs Krise erschüttert. Diese Krise wurde unter anderem durch folgende Faktoren ausgelöst: die Schockwirkung der deutschen Wiedervereinigung, die Hindernisse auf dem Weg zur Ratifizierung des Maastrichter Abkommens (insbesondere das dänische Nein vom 2. Juni 1992), die differentiellen Inflationsraten und die Produktivitätsabweichungen, die im Laufe der fünf Jahre währenden Wechselkursstabilität stetig zugenommen haben, und schließlich die unterschiedlichen Währungspolitiken von einerseits Deutschland und andererseits den Vereinigten Staaten. Da die deutsche Regierung sich zu einer zügig durchgeführten und kostspieligen Wiedervereinigung entschloß (Parität der beiden Währungen und schnelle Lohnsteigerungen im Osten), wurden die Geldmenge und die Nachfrage stark erhöht, so daß das Haushaltsdefizit anwuchs und starke inflationistische Spannungen aufkamen. Die Bundesbank entwickelte daraufhin eine restriktive Währungspolitik, welche hohe Zinssätze festsetzte, zu dem selben Zeitpunkt, wo die expansionistische Geldpolitik der Vereinigten Staaten dazu beitrug, die Zinssätze jenseits des Atlantiks zu senken. Die Zinsgefälle zwischen den deutschen und amerikanischen Sätzen führten kurzfristig zu beträchtlichen internationalen Kapitalbewegungen, die zum Nachteil der Kapitalanlagen in amerikanischer Währung von der deutschen Währung angezogen wurden. Im dritten Quartal des Jahres 1992 rutschte der Dollar am 2. September auf den historischen Tiefststand von 1,39 DM. Gleichzeitig stieg der Wert der DM nicht nur gegenüber dem Dollar kräftig an, sondern erreichte auch im Verhältnis zu zahlreichen anderen Währungen des EWS den Höchstkurs.

Die Anlage fluktuierender Gelder in DM führte zu erheblichen Spannungen im EWS und löste von September 1992 bis Januar 1993 eine schwere Krise im Europäischen Währungssystem aus. Diese Krise illustriert zu einem gewissen Grad die Unvereinbarkeit zwischen beweglichem Kapital, fast festen Wechselkursen zwischen den verschiedenen europäischen Währungen und den weiterhin autonomen Währungspolitiken, die sich in den verschiedenen Partnerländern asymmetrisch auswirken. Die zunehmende Internationalisierung der Finanzmärkte und die Freigabe des Kapitalverkehrs haben sich schneller vollzogen als die Angleichungsprozesse der grundlegenden Indikatoren der europäischen Volkswirtschaften (Inflation, öffentliche Finanzen usw., siehe Abb.12).

In diesem Klima der Unsicherheit wurde die Mark gegenüber den anderen Währungen um 7% höher bewertet (im Verhältnis zu dem heterogenen Devisenindex der EG). Hierdurch bestätigten sich die Wettbewerbsdifferentialie, die sich seit der letzten Leitkursanpassung von 1987 angehäuft hatten. Dieser Wertanstieg gegenüber den anderen europäischen Devisen schien Anfang 1993 einen bestimmten Gleichgewichtspunkt erreicht zu haben, was vermuten läßt, daß die Mark bis Ende 1993 stabil bleiben und gegenüber dem ECU einen Wert von 1,95 behalten wird.



Chronologischer Abriß der EWS-Krise: Juni 1992-Mai 1993.

Währungspolitische Stufenplan des Maastrichter Abkommens.

ECU-Wechselkurse 1990-1992.

Konvergenzindikatoren der EG-Mitgliedstaaten laut Kriterien des Maastrichter Abkommens 1991-1992.

3. In Richtung einer besseren gemeinsamen Agrarpolitik?

Das Abkommen vom 21. Mai 1992, das durch die Beschlüsse des Ministerrats vom 30. Juni ergänzt wurde, setzte den Meilenstein für eine "neue gemeinschaftliche Agrarpolitik". Die vorausgehende Agrarpolitik der EG schien Europa in eine Sackgasse geführt zu haben. Das System der Stützung der Preise von landwirtschaftlichen Erzeugnissen war sehr teuer. Es war für ständige die Nachfrage übersteigende Überschüsse verantwortlich. Außerdem, um dem Problem der hohen Preise innerhalb der EG Abhilfe leisten zu können, hatte die EG ein System von Steuern und Rückerstattungen an den Grenzen eingeführt, das nicht nur schwerfällig war, sondern ebenfalls außerhalb der Gemeinschaft als sehr protektionistisch erschien.

Die beträchtliche Senkung der Stützpreise gehört zu den Schlüsselementen des neuen Systems. Die neue gemeinsame Agrarpolitik zielt darauf ab, die Preise nicht mehr in demselben hohen Ausmaß zu stützen. Sie stützt sie auf einem niedrigeren Niveau und senkt sie somit im Getreidesektor um 35%, im Rindfleischsektor um 15%. Diese Verringerung der Stützpreise soll zur Annäherung an das Niveau der wirklichen Marktpreise führen und sollte die europäischen Landwirtschaftsbetriebe wettbewerbsfähiger machen. Dieser Preisabbau wird jedoch ebenfalls eine bedeutende Reduzierung des Produktionsvolumens zur Folge haben und wird womöglich die Einkommen der Landwirte verringern. Um die Einkommenseinbußen auszugleichen, sieht die Reform allgemeine, direkte Zuschüsse für die Landwirte sowie Ausgleichszahlungen und Entschädigungen für Brachland vor. Quotenregelungen und strukturelle Bestimmungen sollen verhindern, daß diese Direktprämien von neuem zur Überproduktion führen. So erhalten die Erzeuger die nach Hektar bemessenen Prämien nur, wenn sie dazu bereit sind, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Gesamtfläche, den die EG jedes Jahr festlegt, brachliegen zu lassen. Die Landwirte, die weniger als 920 Doppelzentner erwirtschaften, sind davon ausgenommen.

Die extensive Bodenbewirtschaftung wird ebenfalls gefördert. Die Maßnahmen, die innerhalb der neuen Agrarpolitik festgesetzt wurden, sollen die Intensivierung der Bodenbewirtschaftung und der Tierzucht bremsen. Die Ziele sind die Produktion global zu stabilisieren und eine allzu starke Konzentration der Produktion in den begünstigten Landwirtschaftszonen zu verhindern, so daß eine gewisse Streuung der Produktion und der Landwirte im jeweiligen nationalen Landesgebiet gewährleistet ist. Die Agrarbeihilfen pro Hektar werden somit nach den durchschnittlichen regionalen Bodenerträgen berechnet.

Diese Reformmaßnahmen verändern die Interventionsmodalitäten an den Grenzen. Durch den erheblichen Preisrückgang dürften die Preise für europäische landwirtschaftliche Erzeugnisse an das Niveau der internationalen Preise herankommen und zu einem beträchtlichen Abbau der Ausfuhrbeihilfen (Rückerstattungen) beitragen. Unter diesen Bedingungen dürfte es möglich sein, einen Teil des einheimischen Marktes zurückzuerobern, insbesondere in der Tierfutterwirtschaft, die in den letzten Jahren vor allem durch den Import von Getreideersatzprodukten aus den Vereinigten Staaten beherrscht wurde. Doch behält der Begriff der Garantiepreise selbst auf niedrigerem Niveau allgemeine Gültigkeit. Das Prinzip der Gemeinschaftspräferenz bleibt also erhalten, und die eingeführten Produkte werden weiterhin nach der Differenz zwischen dem Einfuhrpreis und dem entsprechenden europäischen Marktpreis besteuert.



Die neue EG-Agrarpolitik und die GATT-Verhandlungen.

4. Neue Herausforderungen für die gemeinschaftliche Industriepolitik.

Für die Länder der EG bestand das wichtigste Ereignis der letzten Jahre in den Änderungen bezüglich des Abkommens der Europäischen Gemeinschaft, die im Dezember 1991 vom Ministerrat in Maastricht beschlossen wurden. Das Entwerfen und Durchführen von Industriepolitiken auf gesamteuropäischer Ebene ist eine relativ neue Gegebenheit, die auf die Besorgnis über die Leistungsfähigkeit der europäischen Unternehmen zurückgeht, insbesondere in den Textil-, Schiffsbau- und Automobilbranchen, sowie in den Bereichen der Spitzentechnologie wie Elektronik und Biotechnologie. Ein Artikel des Maastrichter Abkommens definiert (im Kapitel zur Europäischen Zahlungsunion) die industrielle Wettbewerbsfähigkeit ausdrücklich als eines der Ziele des Abkommens. Dieser Artikel schafft zum ersten Mal eine spezifische juristische Basis, die es den Mitgliedsländern erlaubt, koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, um eine gewisse Anzahl von Zielen zu erreichen, die im Kontext eines offenen und wettbewerbsorientierten Marktes für die Industrie von Bedeutung sind. Diese Ziele sind: die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Industrie an strukturellen Veränderungen; die Förderung der Entwicklung der Unternehmen; die Anregung zur zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit sowie zur wirksameren Nutzung des Industriepotentials für Innovationen und Forschung und Entwicklung.

Das Konzept der Industriepolitik findet in der EG erst seit kurzer Zeit Anwendung. Die Kommission hat den Begriff der Industriepolitik jedoch im Sinne der Marktwirtschaft definiert und nicht im Sinne einer protektionistischen und von Subventionen abhängigen Wirtschaft. "Das eigentliche Ziel der Industriepolitik, wie die Kommission sie versteht, ist den freien Wettbewerb zu ermöglichen". Die Industriepolitik zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu erhöhen, aber Subventionen oder sonstige finanzielle Eingriffe sind hierzu nicht ausreichend. "Eine moderne Industriepolitik hat den Interventionismus zu vermeiden und ganz auf die Wirksamkeit der konkurrierenden Kräfte zu setzen, die als grundlegende Bedingung der Wettbewerbsfähigkeit anzusehen ist" (Rede von M. Bangemann, Vizepräsident der Kommission, Bonn, Januar 1992).

5. Osteuropa: ein schwieriger Übergang.

1992 waren die östlichen Länder nach wie vor mit einer gravierenden Wirtschaftsrezession konfrontiert. Die Republiken der ehemaligen UdSSR waren von einer Beschleunigung des Produktionsrückgangs, der 20% im Vergleich zu 17% 1991 erreichte, und von einer Inflationsrate, die 2000% überstieg, im Vergleich zu 90% im Vorjahr, stark getroffen. In den anderen Ländern Zentral- und Osteuropas verlangsamte sich der Rhythmus des Produktionsrückgangs von 1991 bis 1992 und stabilisierte sich bei 9%. Die Durchführung von strukturellen Reformen hat eine Steigerung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt, von der nun mehr als 12% der erwerbstätigen Bevölkerung betroffen sind. Unter diesen Bedingungen ist die Frage der finanziellen Hilfe beim Übergang dieser Staaten von seiten der industrialisierten Länder von entscheidender Bedeutung. Ohne dauerhafte und kontinuierliche Hilfen sind die Chancen eines reibungslosen Übergangs in den östlichen Ländern und in den GUS-Staaten ernstlich in Frage gestellt. Zweifellos mangelt es hinsichtlich dieser Hilfen in hohem Maße an Koordinierung und klarer Zweckbestimmung, obwohl deren Notwendigkeit insbesondere bezüglich Polen, Ungarn und der Tschechischen und Slowakischen Republiken anerkannt worden ist. Die Gruppe der sieben industrialisiertesten Länder hat die EG-Kommission mit dieser Koordinierung betraut. Doch war diese Rolle bislang auf das Sammeln und Verbreiten von Informationen beschränkt.

Die Übergangsphase im Osten hat zum Verfall des regionalen Handels zwischen den ehemaligen COMECON-Ländern geführt und hat die Hersteller dieser Länder dazu gezwungen, sich den Märkten Westeuropas zuzuwenden. Für zahlreiche Länder dieser Region befinden sich nun mehr als 50% ihrer Absatzmärkte in Westeuropa, während es 1989 nur 20 bis 30% waren. Die am 16. Dezember 1991 zwischen der EG und Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei unterzeichneten "Europäischen Vereinbarungen" stellen bereits in ersten Ansätzen eine Antwort auf den Wunsch dieser Länder dar, mit der EG wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Sie garantieren den Unternehmern Osteuropas insbesondere die "nationale Behandlung" (die derjenigen der europäischen Unternehmen gleichkommt). Auf kommerzieller Ebene zielen diese Abkommen darauf ab, den freien Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr zwischen Ost- und Westeuropa zu verwirklichen. Es gilt nämlich den möglichen Beitritt dieser Staaten zur EG, der noch vor dem Jahr 2000 stattfinden könnte, vorzubereiten.

Der radikalste Bestandteil dieser Vereinbarungen betrifft die Industrie, für die ein verbindlicher Terminplan aufgestellt wurde, damit die EG-Länder die mengenmäßigen Beschränkungen hinsichtlich der Einfuhren von gewerblichen und industriellen Erzeugnissen aus dem Osten verringern, mit Ausnahme der Textilprodukte, für welche eine Übergangsphase von zehn Jahren vorgesehen ist. Die Mengenkontrollen für Stahlimporte aus Ungarn, Polen und der Tschechischen und Slowakischen Republiken sollen abgebaut werden. Der Tarifabbau wird sich über sechs Jahre hinwegziehen. Der vollkommen freie Marktzugang wird jedoch nicht garantiert, und die europäischen Hersteller werden sich weiterhin auf Antidumpingklauseln berufen können. Die die Agrarwirtschaft betreffenden Vereinbarungen sind absichtlich im unklaren belassen worden, und die mengenmäßigen Beschränkungen werden nur für wenige Produkte aufgehoben. Dasselbe gilt für die Zollgebühren. Insgesamt bewahren die EG-Länder einen Zollschatz für 30 bis 50% aller aus Osteuropa importierten Erzeugnisse. Ähnliche Handelsvereinbarungen sind ebenfalls zwischen den Ländern Osteuropas und denen der europäischen Freihandelszone getroffen worden.



Makroökonomische Indikatoren für Osteuropa 1991-1992.

6. Die beschwerlichen Anfänge einer europäischen Umweltpolitik.

Das Ende 1991 unterzeichnete Maastrichter Abkommen über die Europäische Union erweiterte die Zuständigkeiten der EG auf dem Gebiet der Umwelt und des Umweltschutzes. Das Abkommen verpflichtet die mitunterzeichnenden Parteien, "ein dauerhaftes, nichtinflationistisches Wachstum unter Beachtung der Umweltbelange (Art.2)" zu gewährleisten. Zu den Aufgaben der EG gehört die Notwendigkeit, eine "Umweltpolitik" zu betreiben. Für die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten soll jedoch die Entscheidung der einzelnen Mitgliedstaaten Vorrang haben. 1991 wies ein Bericht des Europäischen Parlaments darauf hin, daß in 45% aller Fälle die Mitgliedstaaten die europäischen Beschlüsse nicht einhalten oder zu spät durchführen. Die Kontrolle der richtigen Anwendung der Gemeinschaftstexte wird also zu einer der Prioritäten der zukünftigen europäischen Politik. Ende 1990 waren in den verschiedenen Mitgliedstaaten nur 70% der europäischen Gesetze in den einheimischen Gesetzgebungen aufgenommen.

1991 wurden in der EG 50 Millionen Tonnen Verpackungsmüll produziert. Ende 1992 lag die Wiederverwertungsrate dieser Abfälle bei nur 18% jährlich. In Deutschland verpflichtet die sogenannte "Töpfer-Verordnung" vom 12. Juni 1991 Hersteller und Verteiler zur Sammlung und Wiederverwertung aller Verpackungsmaterialien. Seit dem 1. Januar 1993 müssen alle primären Verpackungen wiederverwertet werden. Nach und nach treffen alle europäischen Länder unabhängig voneinander Maßnahmen zur Wiederverwertung von Verpackungsmaterialien und Abfällen. Dänemark zum Beispiel hat beschlossen, Metall Dosen für Getränke zu untersagen, und erwägt ebenfalls Getränkebehälter aus Plastik zu verbieten. In der Schweiz müssen seit dem 1. November 1991 die Getränke in Einwegverpackungen aus Glas, Aluminium oder Weißblech abgefüllt werden und können besteuert werden, falls die daraus entstehenden Abfälle bestimmte Mengen überschreiten. Italien verordnete für 1993 die Wiederverwertung von 50% aller Glas- und Plastikverpackungen für Getränke. Die französische Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, das die Industrie dazu verpflichtet müßte, gebrauchte Verpackungen ab Anfang 1993 zurückzunehmen, um sie wiederzuverwerten oder einzuäschern und dabei Energie zu gewinnen. Österreich wird 1994 die Wiederbenutzung oder Wiederverwertung von 90% aller Getränkedosen anordnen.

Zur Zeit herrscht also in Europa immer noch eine große Unordnung, denn die verschiedenen nationalen Gesetze wurden ohne gegenseitige Koordinierung verabschiedet. Oftmals können diese komplizierten Verhältnisse den importierenden Hersteller im Vergleich zum lokalen Unternehmer benachteiligen. Die von den verschiedenen Staaten getroffenen Maßnahmen sollten jedoch weder den freien Verkehr der Waren noch den freien Wettbewerb in der EG behindern. Im Laufe des Jahres 1993 müßte der Kommission und anschließend dem Ministerrat eine dementsprechende Richtlinie vorgelegt werden. Die Kommission verfolgt das ehrgeizige Ziel, 90% der Verpackungsabfälle verarbeiten und davon 60% wiederverwerten zu lassen. Den Mitgliedstaaten werden fünf Jahre zur Verfügung stehen, um Sammelsysteme zu errichten, und zehn Jahre, um dieses Ziel zu erreichen. Die Richtlinie würde gewisse Mitgliedstaaten wie Deutschland und Dänemark daran hindern, strengere Normen oder andere Maßnahmen zu verordnen, die den freien Verkehr der Produkte beeinträchtigen könnten.

1. Eine ausgeprägte Zurückhaltung bei den Investitionen.

Im Jahre 1992 ist das Vertrauen der Verbraucher und der europäischen Unternehmer aufgrund der Unsicherheiten der monetären und politischen Entwicklung der EG stark erschüttert worden. Die Investitionstätigkeit ist der Bereich, der von der schwachen Konjunktur der Jahre 1992 und 1993 am stärksten betroffen worden ist. Unter dem Einfluß der rückläufigen innereuropäischen Nachfrage, der geringeren Aufträge, der verminderten Auslastung der Produktionskapazitäten sowie der monetären Sparpolitik sind die Investitionen 1992 um 0,3% zurückgegangen und werden voraussichtlich auch im Jahre 1993 um 0,1% zurückgehen. Für 1994 wird jedoch eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit mit einer Wachstumsrate von 2% bis 3% erwartet.

Die schwache Wirtschaftstätigkeit 1991 und 1992, die sich auch 1993 fortsetzte, hat den privaten Verbrauch auf besonders niedrigem Niveau gehalten. In Westeuropa nahm er volumenmäßig nur um 1,1% zu. Die schlechten Aussichten stellen für die Unternehmen wohl kaum einen Anreiz zum Investieren dar, denn sie stellen sich auf schlechte Verkaufsperspektiven ein. Zudem sind die Produktionskapazitäten immer weniger ausgelastet. Von 1990 bis 1992 sank die Auslastungsquote in vier europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien) von 77% auf 76%. Der Tiefpunkt der Rezession bezüglich der Investitionen scheint 1992 erreicht worden sein. 1993 wird die Tendenz weiterhin rückläufig sein, doch in geringerem Ausmaß. Dieser Rückgang der Investitionen von seiten der Unternehmen, der auch den Wohnungsbau kennzeichnet, ist einer der wichtigsten Faktoren der Rezession der Jahre 1991-1993. Mit der Rückkehr zu positiven Wachstumsraten im Bereich der privaten Investitionen ist in Westeuropa erst nach 1993 zu rechnen.

Zudem haben die neuen Methoden des "just-in-time"-Lagermanagements und die unaufhörlich ansteigenden Lagerungskosten die Unternehmen davon abgehalten, ihre Lagerbestände in Erwartung des Aufschwungs zu erhöhen. Diese Tendenz zur Nichtauffüllung der Lagerbestände verstärkt den Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und verhindert somit eine gewisse Abschwächung der Rezession, wie es in früheren Konjunkturzyklen der Fall war. Allgemein bestehen in den westeuropäischen Ländern bis über 1994 hinaus keine Aussichten auf eine Erhöhung der Lagerbestände.



Wachstum des Investitionsvolumens der Unternehmen in Westeuropa 1991-1994.

2. Trotz allem haben die Unternehmen ihre Rentabilität gesteigert.

In zahlreichen Ländern sind nur geringfügige Lohnerhöhungen vorgesehen. Die durchschnittlichen Profitraten müßten sich also den Rekordergebnissen nähern, die Ende der 80er Jahre erreicht wurden. Eine Verbesserung müßte besonders in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und in Großbritannien beobachtet werden können. Auf längere Sicht wird wahrscheinlich der durchschnittliche Anteil der Löhne an den Erträgen auf das Niveau, das Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre verzeichnet wurde, zurückgehen. Die Differenzen zwischen den Reallöhnen und dem Produktivitätsniveau, die sich in den 70er Jahren verstärkt haben und die oft als einer der Hauptgründe für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa angesehen wurden, werden sich demnach im großen und ganzen aufheben.

Trotz dieser zunehmend positiven Anzeichen im Zeitraum von 1991-1992 nehmen die Unternehmen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin eine abwartende Haltung ein. Die Ursache dafür liegt bei den mit der Einstellung oder Kündigung von Arbeitnehmern verbundenen Fixkosten sowie der 1992-1993 noch bestehenden Unsicherheit bezüglich des Wachstums der Verbrauchernachfrage. Nach Meinung der Unternehmer stellt die Schwäche der Nachfrage mehr noch als das hohe Zinsniveau das wesentliche Hindernis für die Investitionstätigkeit dar. In den meisten Ländern der EG hat sich überdies die Stimmung in der Industrie Ende 1992 weiter verschlechtert, insbesondere in Deutschland und Spanien.

Die Unternehmen schätzen die Auftragslage sowohl auf den Innen- als auf den Außenmärkten sehr pessimistisch und die Anzahl der erhaltenen Aufträge als zu gering ein. Die Auftragsbücher haben Ende 1992 einen sehr niedrigen Stand erreicht und die Nachfrage müßte sogar noch weiter zurückgehen. Die Kapazitätsauslastung sinkt in den meisten EG-Ländern seit Anfang der 90er Jahre und die Zahl der Unternehmen aus dem Bereich der Industrie, die über Überkapazitäten klagen, wird immer größer.



Arbeitsmarkt und Entlohnung in Westeuropa 1992.

Kapitalertrag der Unternehmen in Westeuropa 1991-1994.

3. Weiterhin dynamische internationale und europäische Direktinvestitionen.

Die direkten Investitionen im Ausland erfuhren zu Beginn der 90er Jahre Zuwachsraten, die über den Werten der 80er Jahre lagen. 1989 war die EG das Ziel der meisten Direktinvestitionen und verdrängte damit die Vereinigten Staaten von ihrem ersten Rang als Bestimmungsland ausländischer Anleger. Ungefähr die Hälfte der amerikanischen und ein Viertel der japanischen Direktinvestitionen wurden in der EG getätigt. Die Perspektiven, die sich durch den Europäischen Binnenmarkt, die Wiedervereinigung Deutschlands und durch die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Länder eröffnen, erklären die zunehmende Attraktivität der europäischen Länder für ausländische Anleger. So wurden 1991 70% der ausländischen amerikanischen Direktinvestitionen in der EG getätigt. Die wichtigsten Bestimmungsländer waren Großbritannien, Deutschland und die Niederlande. Zahlreiche amerikanische Firmen investierten ebenfalls in den ostdeutschen Bundesländern, um der lokalen Nachfrage entgegenzukommen und um nach Zentral- und Osteuropa exportieren zu können.

Der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen hat besonders schnell in den europäischen Ländern zugenommen, insbesondere in Portugal, Spanien, Irland und Schweden. Die relative Bedeutung ausländischer Unternehmen ist in den europäischen Ländern wie Italien, Deutschland und Großbritannien noch gewachsen. In Industriebranchen wie Informatik, Elektronik und Chemie ist der Anteil ausländischer Firmen am Nationalprodukt besonders hoch. Doch sind zwischen den Bestimmungsländern erhebliche Unterschiede zu verzeichnen. So sind beispielsweise in Großbritannien ausländische Firmen sehr stark im Automobilsektor vertreten.

Mehr als 80% der Direktinvestitionen werden zwischen den entwickelten Ländern abgewickelt. 1991 entfiel ungefähr die Hälfte der Direktinvestitionen aus den OECD-Ländern auf die EG-Länder. Ein bedeutender Anteil (50 bis 60%) der Direktinvestitionen der europäischen und besonders der EG-Länder besteht aus innereuropäischen Anlagen. Die einzige Ausnahme ist Großbritannien. Dieses Land ist nämlich in höherem Ausmaß als die übrigen europäischen Mitgliedsländer Ziel amerikanischer und japanischer Investitionen und ist gleichzeitig das wichtigste Herkunftsland ausländischer Investitionen in den Vereinigten Staaten. Nur ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen Großbritanniens werden in EG-Ländern angelegt und nur ein Viertel der in Großbritannien angelegten Investitionen stammen aus anderen EG-Ländern.

Sowohl in Zentral- als auch in Osteuropa ist der Bedarf an ausländischen Anlagegeldern sehr hoch und vielfältig. Er erstreckt sich auf die Finanzierung von Neustrukturierungen im Bereich der Produktion, die Übertragung von Technologien und Know-how, die Teilnahme an Privatisierungsprogrammen usw. Der Umfang der Direktinvestitionen ist jedoch immer noch relativ bescheiden. Insgesamt beliefen sich 1991 die ausländischen Direktinvestitionen in den Ländern Zentral- und Osteuropas auf 2,2 Milliarden ECU. Hiervon entfielen allein 1,4 Milliarden auf Ungarn. Im September 1991 gab es mehr als 23 000 Projekte zur Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, während es im Dezember 1989 nur 6 800 waren. Zahlreiche Projekte sind nie verwirklicht worden oder dienen den westlichen Firmen nur als Vorwand zur Beobachtung (sleeping partner). Insgesamt kommen rund 60% der ausländischen Direktinvestitionen aus Westeuropa, vor allem aus Deutschland.



Exportpreise für Industrieerzeugnisse in Westeuropa 1991-1994.

4. Welche Strategien für den Europäischen Binnenmarkt?

Die folgende Analyse der Unternehmenszusammenschlüsse, Minderheitsbeteiligungen und Kooperationsabkommen betrifft die Transaktionen, an denen die 1000 größten Industrieunternehmen der EG (am Umsatz gemessen), die 500 weltweit größten Industrieunternehmen sowie die bedeutendsten Dienstleistungs- und Vertriebsunternehmen teilgenommen haben. Obwohl die Gesamtzahl der Konzentrationen europäischer Industriebetriebe zwischen 1990 und 1991 zurückgegangen ist, bleibt die Anzahl der Unternehmenszusammenschlüsse weiterhin sehr hoch und setzt die bereits im Zeitraum von 1987 bis 1990 beobachtete Verstärkung der Konzentrationsprozesse fort. Die für 1993 erwartete Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes war in den letzten Jahren einer der ausschlaggebenden Gründe für die Zunahme der Firmenzusammenschlüsse.

1991 bildeten die Mehrheitsbeteiligungen einschließlich der Fusionen die wichtigsten Transaktionen zwischen Unternehmen in Europa. Grenzüberschreitende Transaktionen zwischen gemeinschaftlichen und außergemeinschaftlichen Unternehmen sind von nun an weit zahlreicher als solche zwischen Firmen eines selben Landes. Je größer ein Unternehmen ist, desto wahrscheinlicher werden die Zusammenschlüsse auf internationaler Ebene stattfinden. Dieses steht im Gegensatz zu dem, was noch vor wenigen Jahren beobachtet werden konnte: die Anzahl der rein nationalen Transaktionen lag damals höher als die der internationalen.

1991 fanden die meisten Firmenzusammenschlüsse in der Chemie-Branche statt. Dann kamen die Nahrungsmittel- und die Getränke-Branchen, die rund 40% aller Zusammenschlüsse ausmachten. Mehrere Transaktionen konnten ebenfalls in den Bereichen der Elektrik und Elektronik (einschließlich EDV) sowie in der Bauwirtschaft festgestellt werden. Diese Transaktionen fanden vor allem in Frankreich und in Deutschland statt, wo die Hälfte aller Firmenkonzentrationen der EG verzeichnet wurden. Unter den Käufern waren die französischen, deutschen und britischen Unternehmen die aktivsten. Sie tätigten 60% aller Firmenzusammenschlüsse innerhalb der EG. Unter den nicht-europäischen Unternehmen waren die amerikanischen Firmen besonders dynamisch: sie tätigten 40% aller internationalen Konzentrationen. Die nicht-europäischen Firmen orientierten sich insbesondere in Richtung folgender Branchen: Chemie, Holz-Möbel, Papier, Druckereiwesen sowie Nahrungsmittel und Getränke. Die wichtigsten von den Firmen angegebenen Gründe zur Bildung solcher Zusammenschlüsse sind die zu erwartende Verstärkung der Marktposition, die Erweiterung der kommerziellen Aktivitäten und die sich ergebenden Synergieeffekte.

Die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, die 1991 aus konjunkturellen Gründen zahlenmäßig zurückging, stellt ebenfalls eine ausgezeichnete Möglichkeit für Unternehmen dar, die eine europäische oder internationale Größenordnung anstreben. Diese Art von strategischen Allianzen wird immer häufiger zwischen Unternehmen geschlossen und nimmt nicht nur die Form von gemeinsam gegründeten Tochtergesellschaften an, sondern besteht sogar noch öfter in einem gegenseitigen Austausch von Informationen, Patenten, Know-how, Ingenieuren usw. Grenzüberschreitende Transaktionen machen rund drei Viertel der Neugründungen von Gemeinschaftsunternehmen aus. Zu den wichtigsten Motivationen der Firmen gehören die Verstärkung der Marktposition, die Kooperation und die Suche nach Synergien. So schließen die Firmen Kooperationsabkommen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Produktion oder Kommerzialisierung, um von Skalen- und Sortimenteinsparungen profitieren zu können, sowie durch Integration Geld einzusparen und/oder um kritische Schwellen und Mengen in der Forschung und Entwicklung zu erreichen. Die Beantwortung der internationalen Herausforderungen geht für die europäischen Unternehmen über die Entwicklung dieser neuen Formen der Unternehmenskooperation.



Unternehmensfusionen, -aufkäufe und -zusammenschlüsse in Westeuropa 1988-1991.

Gründung von Gemeinschaftsunternehmen in der EG-Industrie 1988-1991.

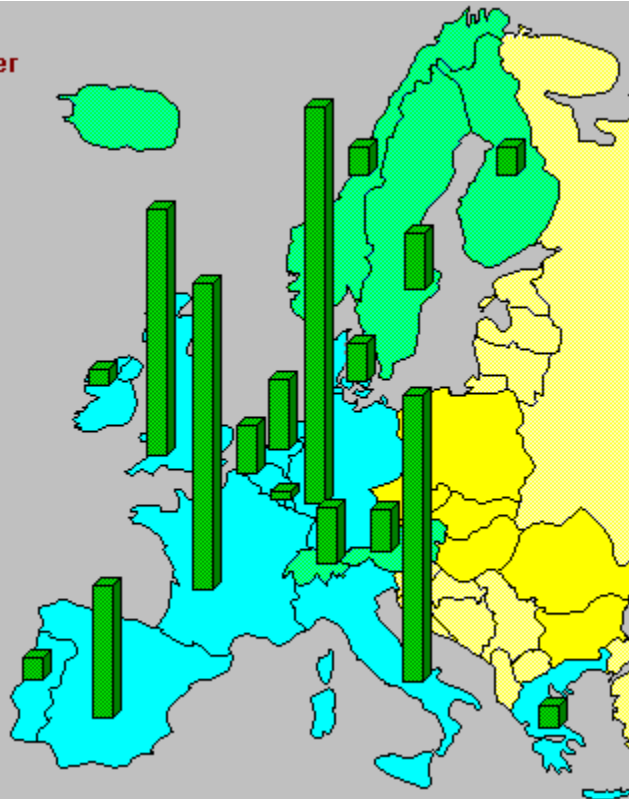


Europäische Marktführer nach Umsatzzahlen 1992.

**Die gemeinschaftlichen Instrumente zur Unternehmensinformation
und -kooperation.**

© Europages 1993/1994

**BIP und BIP pro Einwohner
in Westeuropa 1992.**



BIP und BIP pro Einwohner in Westeuropa 1992.

Antragsteller auf volle EG-Mitgliedschaft**

Antragsteller auf volle EG-Mitgliedschaft**	Beginn der Verhandlungen
Österreich (A)	1/2/93
Schweiz (CH)	vertagt***
Finnland (FIN)	1/2/93
Norwegen (N)	5/4/93
Schweden (S)	1/2/93

Osteuropäische Partner der EG

Osteuropäische Partner der EG	Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarungen
Ungarn (H)	16/12/91
Polen (PL)	16/12/91
Tschechische und Slowakische Republiken	16/12/91
Rumänien (R)	1/2/93
Bulgarien (BL)	8/3/93

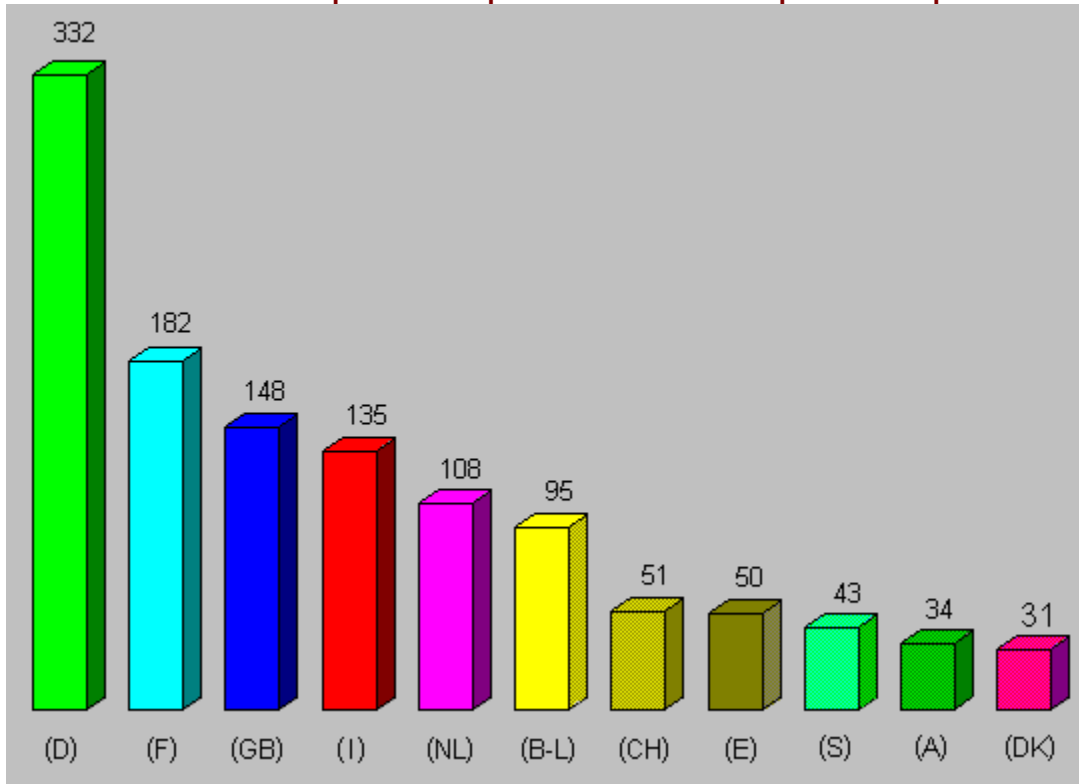
* provisorische Angaben.

** Malta und Zypern erwarten eine eventuelle Verhandlungseröffnung. Der Antrag der Türkei wurde 1990 zugunsten einer Partnerschaftsvereinbarung abgelehnt.

*** Auf Grund des Schweizer "Neins" anlässlich des Referendums über die Ratifizierung des Europäischen Wirtschaftsraums im Dezember 1992 ist der Antrag vorübergehend eingefroren worden.

Quelle: OECD, April 1993 / UNO

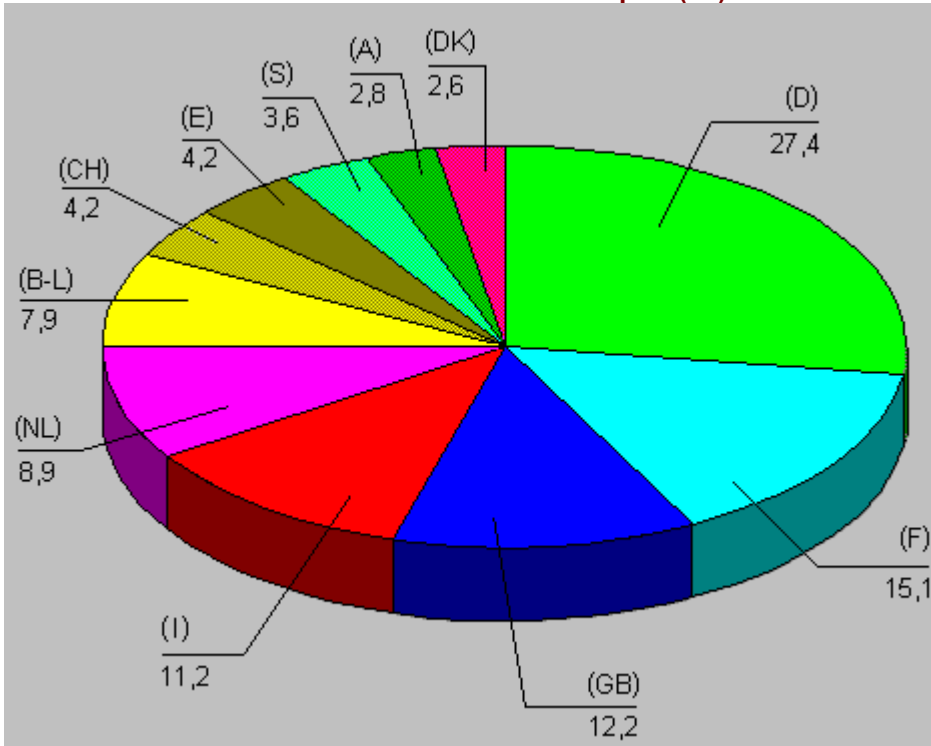
Führende Export- und Importländer in Westeuropa 1992 : Exporte.



in Milliarden ECU, F.O.B. Werte.

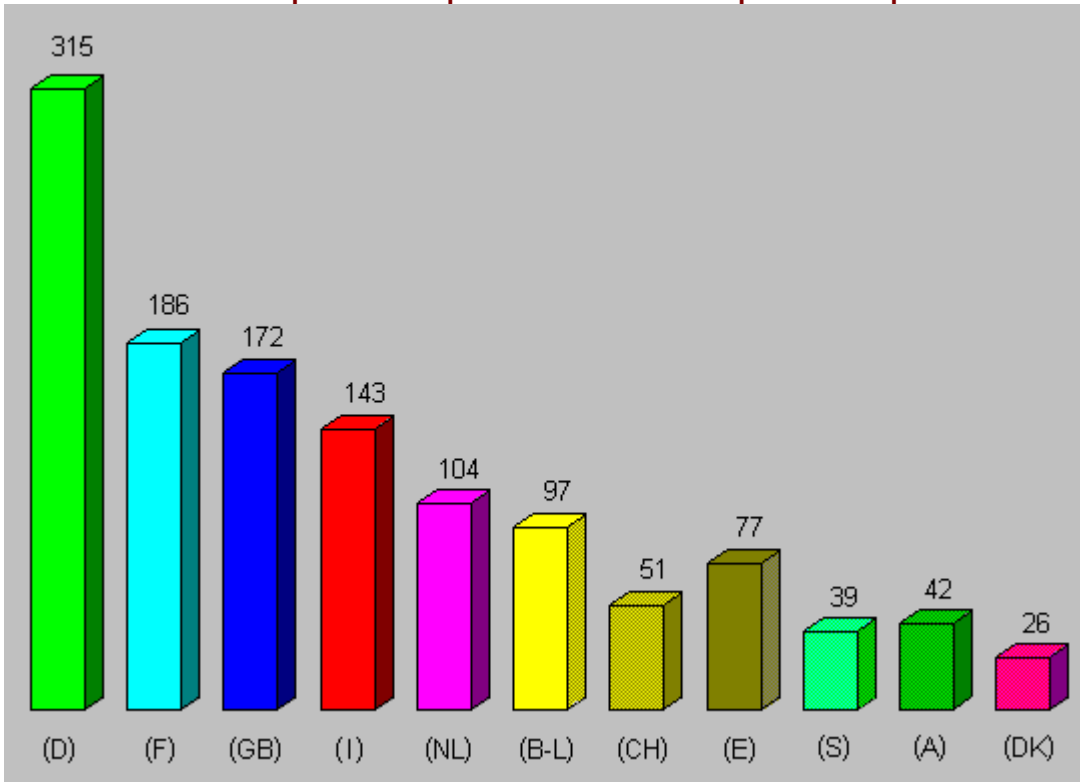
Quelle: GATT, März 1993

**Führende Export- und Importländer in Westeuropa 1992 :
Anteil der Länder am Gesamtexport (%)**



Quelle: GATT, März 1993

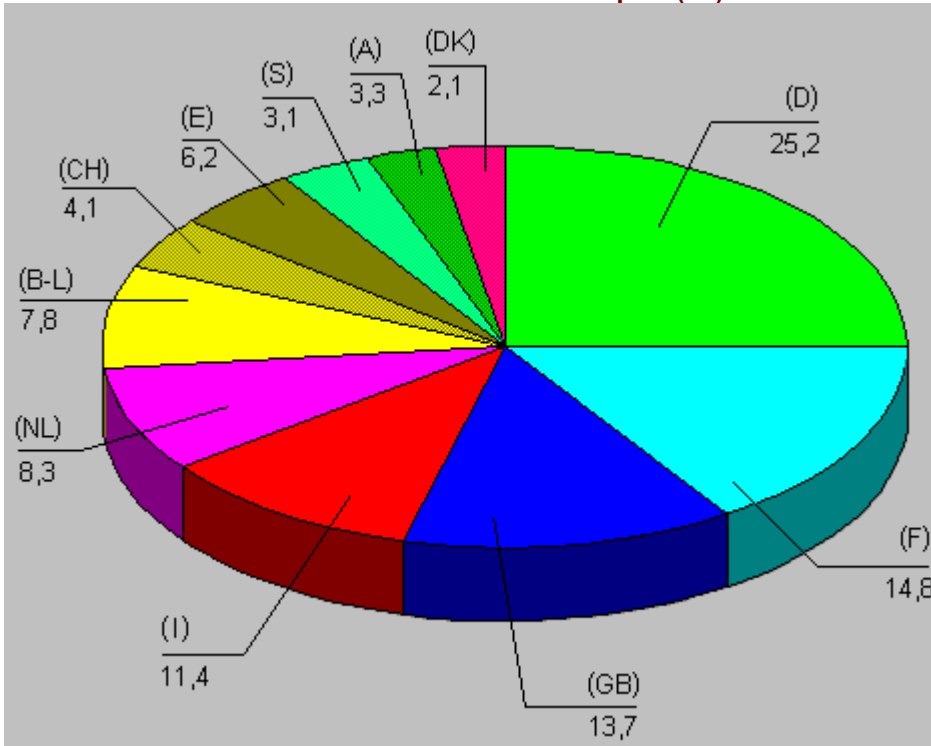
Führende Export- und Importländer in Westeuropa 1992 : Importe.



in Milliarden ECU , C.I.F. Werte.

Quelle: GATT, März 1993

**Führende Export- und Importländer in Westeuropa 1992 :
Anteil der Länder am Gesamtimport (%).**



Quelle: GATT, März 1993

BIP-Wachstum bei konstanten Preisen in Westeuropa 1991-1994.

(% Wachstum im Vergleich zum Vorjahr)	1991	1992s	1993p	1994p
Österreich (A)	3,0	1,5	-0,7	1,8
Belgien (B)	1,4	0,8	0,0	1,9
Schweiz (CH)	-0,4	-0,6	0,2	1,6
Deutschland (D)	1,0	2,0	-1,3	1,7
Dänemark (DK)	1,2	1,1	1,1	2,3
Spanien (E)	2,3	1,0	0,1	2,1
Frankreich (F)	1,1	1,8	0,0	2,3
Finnland (FIN)	-6,4	-3,5	-1,0	2,5
Großbritannien (GB)	-2,2	-0,6	1,4	3,1
Griechenland (GR)	1,8	1,5	1,4	1,8
Italien (I)	1,3	0,9	0,3	1,9
Irland (IRL)	2,5	2,6	1,7	2,4
Norwegen (N)	-2,5	3,0	1,0	2,6
Niederlande (NL)	2,2	1,5	0,5	1,8
Portugal (P)	2,2	1,4	1,1	2,0
Schweden (S)	-1,7	-1,7	-1,5	1,2

s: Schätzungen p: Prognosen

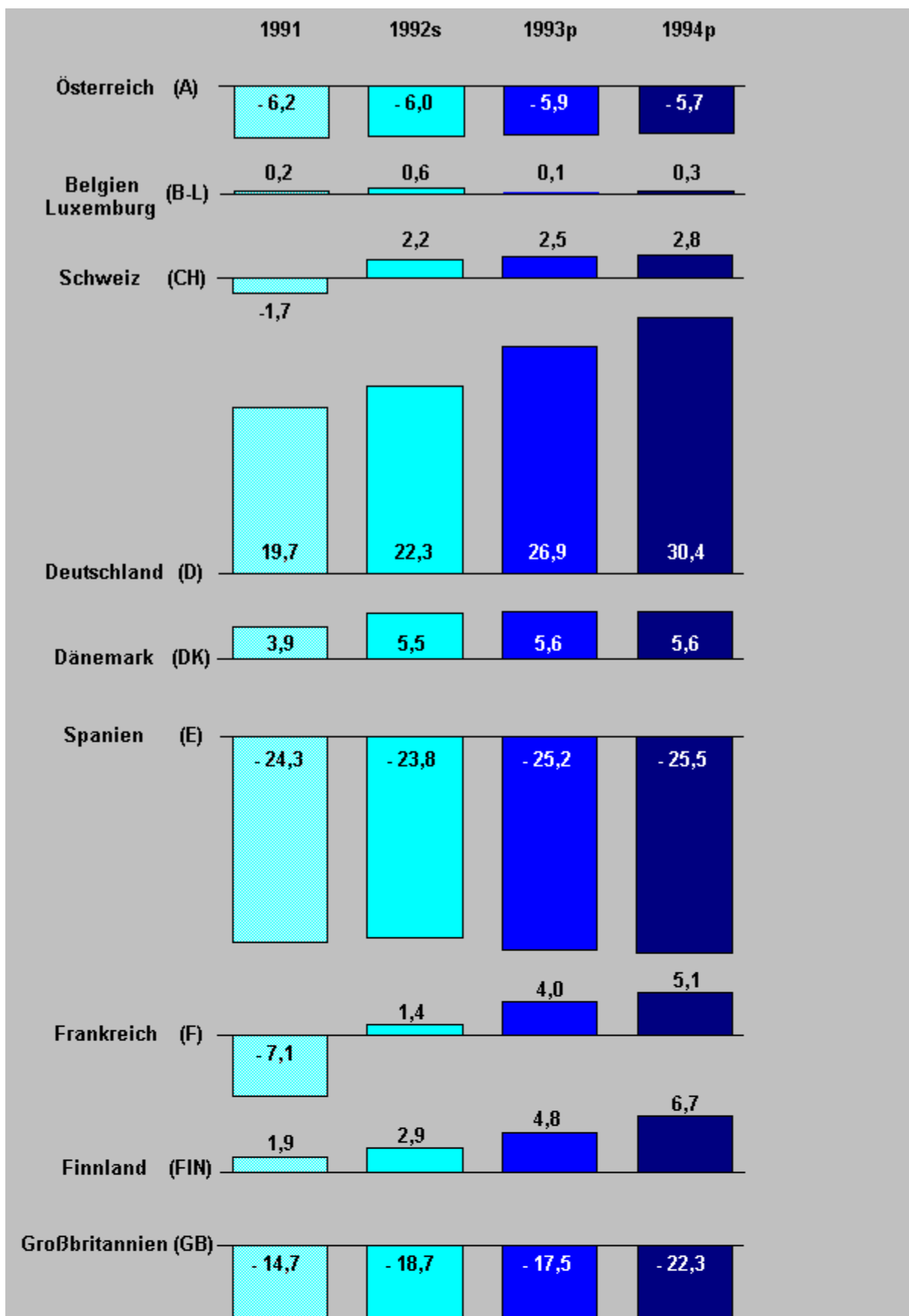
Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), April 1993

Arbeitslosigkeit in Westeuropa 1991-1994.

(% der erwerbstätigen Bevölkerung*)	1991	1992s	1993p	1994p
Österreich (A)	3,5	4,0	4,4	4,7
Belgien (B)	8,8	9,3	9,6	9,6
Schweiz (CH)	1,3	3,0	3,8	3,5
Deutschland (D)	6,7	7,7	8,3	8,1
Dänemark (DK)	10,4	11,0	11,0	10,6
Spanien (E)	16,3	18,0	19,3	19,1
Frankreich (F)	9,6	10,2	10,8	10,8
Finnland (FIN)	7,6	13,1	13,1	12,4
Großbritannien (GB)	8,3	10,1	10,8	10,5
Griechenland (GR)	8,2	9,1	10,2	10,5
Italien (I)	11,0	10,7	11,3	11,4
Irland (IRL)	15,8	17,2	19,3	20,1
Luxembourg (L)	1,3	1,5	1,5	1,4
Norwegen (N)	5,5	5,9	6,6	6,2
Niederlande (NL)	5,9	5,6	5,9	5,9
Portugal (P)	4,1	4,2	4,7	4,8
Schweden (S)	2,7	4,8	6,5	6,8

s: Schätzungen p: Prognosen * den nationalen Statistiken entsprechend
Quelle: OECD, Dezember 1992

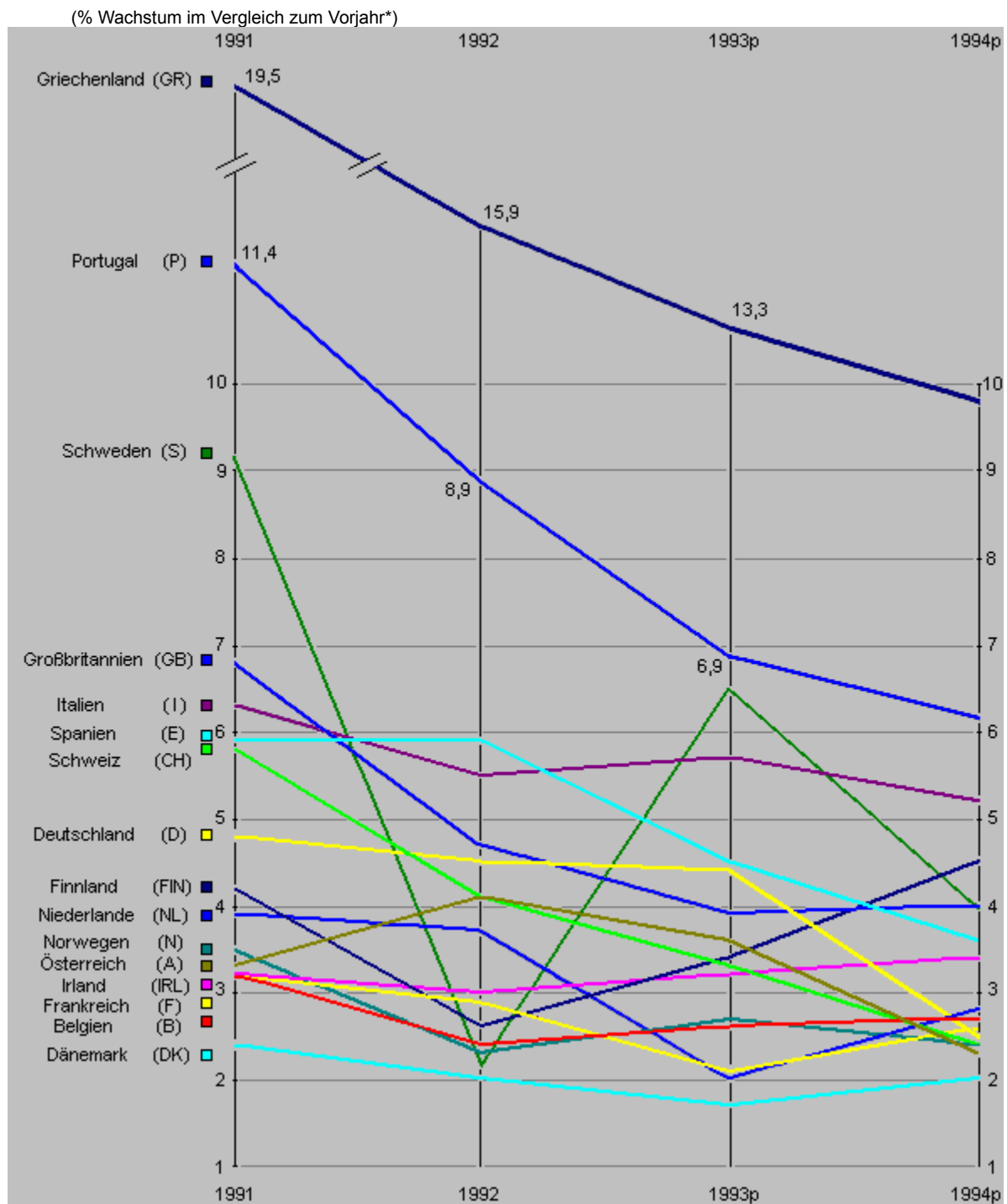
Handelsbilanzen in Westeuropa 1991-1994.



s: Schätzungen p: Prognosen
Quelle: OECD, Dezember 1992 in Milliarden ECU

© Europages 1993/1994

Entwicklung der Inflationsraten in Westeuropa 1991-1994.



p: Prognosen

* Entwicklung der Verbraucherpreise

Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), April 1993

© Europages 1993/1994

Inflation in Westeuropa 1991-1994.

(% Wachstum im Vergleich zum Vorjahr*)	1991	1992	1993p	1994p
Österreich (A)	3,3	4,1	3,6	2,3
Belgien (B)	3,2	2,4	2,6	2,7
Schweiz (CH)	5,8	4,1	3,3	2,4
Deutschland (D)	4,8	4,5	4,4	2,5
Dänemark (DK)	2,4	2,0	1,7	2,0
Spanien (E)	5,9	5,9	4,5	3,6
Frankreich (F)	3,1	2,8	2,0	2,5
Finnland (FIN)	4,2	2,6	3,4	4,5
Großbritannien (GB)	6,8	4,7	3,9	4,0
Griechenland (GR)	19,5	15,9	13,3	9,8
Italien (I)	6,3	5,5	5,7	5,2
Irland (IRL)	3,2	3,0	3,2	3,4
Norwegen (N)	3,4	2,3	2,7	2,5
Niederlande (NL)	3,9	3,7	2,0	2,8
Portugal (P)	11,4	8,9	6,9	6,2
Schweden (S)	9,3	2,3	6,5	4,0

p: Prognosen * Entwicklung der Verbraucherpreise
 Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), April 1993

Haushaltsdefizite in Westeuropa 1991-1994.

(finanzielle Defizite in % vom
BIP, bei laufenden Preisen)

	1991	1992s	1993p	1994p
Österreich (A)	-2,1	-1,9	-1,6	-1,4
Belgien (B)	-6,4	-6,1	-5,5	-4,4
Deutschland (D)	-3,2	-3,4	-3,2	-2,7
Dänemark (DK)	-2,0	-2,6	-2,4	-1,8
Spanien (E)	-4,9	-4,7	-4,3	-3,8
Frankreich (F)	-2,2	-3,9	-3,0	-2,9
Finnland (FIN)	-5,9	-8,9	-7,1	-5,7
Großbritannien (GB)	-2,8	-6,3	-7,6	-6,7
Griechenland (GR)	-16,1	-13,2	-10,6	-9,5
Italien (I)	-10,2	-9,5	-10,2	-8,9
Irland (IRL)	-1,9	-2,5	-2,8	-2,8
Norwegen (N)	-0,4	-3,4	-3,2	-2,6
Niederlande (NL)	-2,6	-3,8	-3,7	-3,1
Portugal (P)	-6,1	-5,4	-4,9	-4,2
Schweden (S)	-1,5	-7,9	-9,9	-9,8

s: Schätzungen p: Prognosen
Quelle: OECD, Dezember 1992

Nettoverschuldung der öffentlichen Verwaltungen in Westeuropa 1989-1994.

(in % vom BIP, Verbindlichkeiten (+) oder Guthaben (-))	1989	1992s	1994p
stark verschuldete Länder			
Belgien (B)	120,3	124,3	125,0
Italien (I)	96,1	106,7	112,4
Irland (IRL)	107,3	97,4	93,6
Griechenland (GR)	73,5	81,7	83,6
mäßig verschuldete Länder			
Niederlande (NL)	57,2	59,7	61,7
Österreich (A)	56,9	52,1	49,0
Spanien (E)	30,4	35,8	38,8
Großbritannien (GB)	30,4	35,6	45,3
gering verschuldete Länder			
Dänemark (DK)	26,0	29,1	30,9
Frankreich (F)	24,8	28,8	32,2
Deutschland (D)	22,5	22,7	25,9
Finnland (FIN)	-1,6	11,0	22,0
Schweden (S)	-5,4	3,4	22,8
Norwegen (N)	-20,2	-16,6	-9,6

s: Schätzungen p: Prognosen Quelle: OECD, Dezember 1992

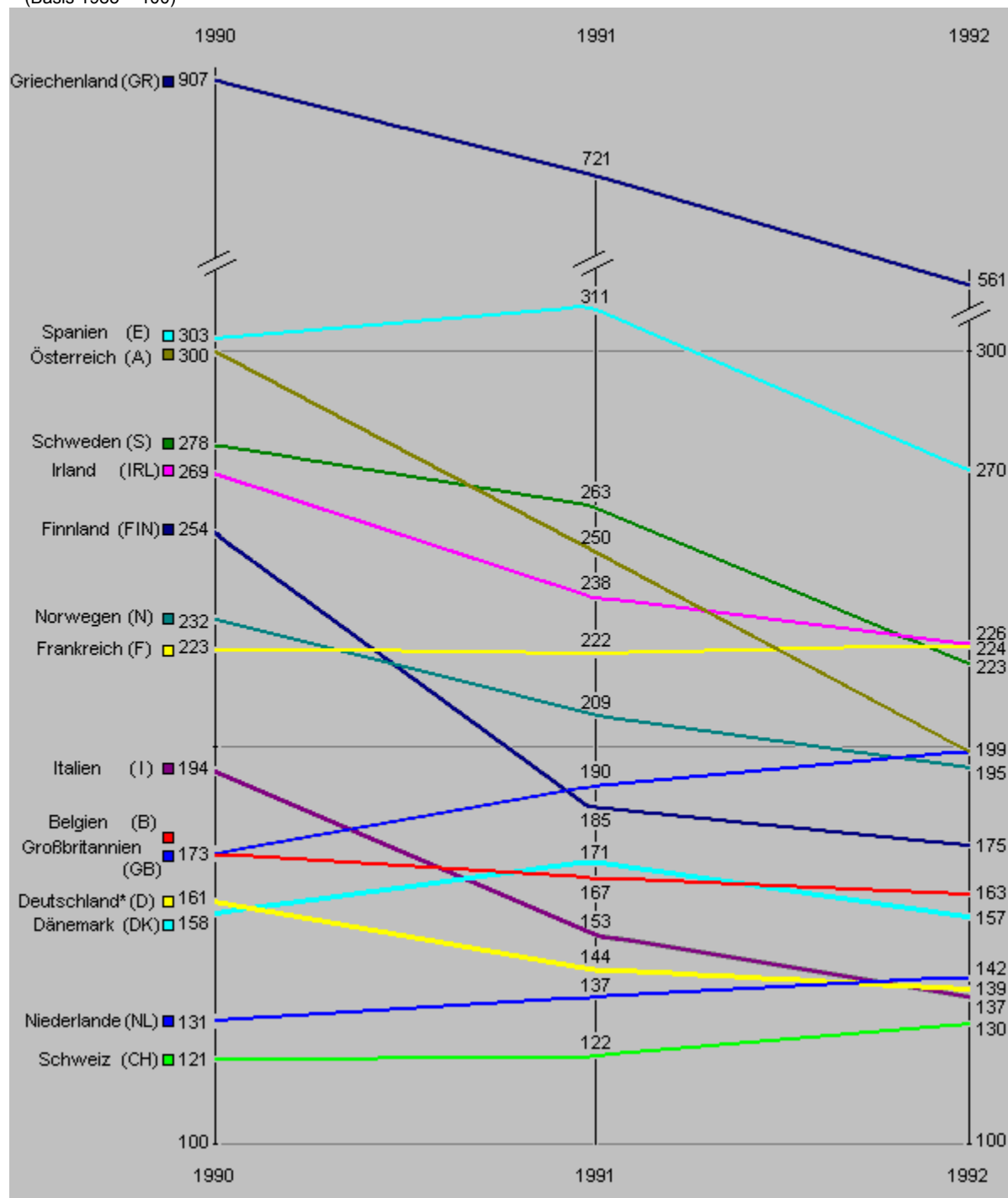
Kurz- und langfristige Zinssätze in Westeuropa 1991-1994.

	Kurzfristige Zinsen				Langfristige Zinsen			
	1991	1992	1993p	1994p	1991	1992	1993p	1994p
Österreich (A)	9,4	9,3	7,9	6,6	8,6	8,3	7,3	6,8
Belgien (B)	9,3	9,4	7,8	6,5	9,2	8,7	8,0	7,3
Schweiz (CH)	8,1	7,2	6,0	5,0	6,2	6,4	5,5	5,0
Deutschland (D)	9,2	9,5	7,8	6,5	8,5	7,9	7,2	6,7
Dänemark (DK)	9,7	11,5s	8,7	6,9	9,3	8,9e	8,2	7,3
Spanien (E)	13,2	13,3	12,1	10,5	12,4	12,1	12,2	10,5
						s		
Frankreich (F)	9,6	10,3	8,2	6,5	9,4	9,0	8,2	7,3
Finnland (FIN)	13,0	13,2	10,3	9,0	12,6	13,8	12,0	10,5
		s						
Großbritannien (GB)	11,4	9,6	6,6	6,5	9,9	9,1	8,2	8,0
Griechenland (GR)	28,7	28,7	24,5	18,3	27,0	27,0	23,5	18,5
Irland (IRL)	9,8	n.v.	9,3	7,9	9,1	9,1	8,1	7,6
Italien (I)	12,0	14,4	13,0	10,9	11,3	13,7	11,7	10,9
Norwegen (N)	10,5	12,9	9,5	7,5	9,9	9,6	8,8	7,9
Niederlande (NL)	9,2	9,4	7,8	6,5	8,7	8,1	7,6	7,0
Portugal (P)	n.v.	n.v.	14,5	12,5	n.v.	n.v.	13,5	11,5
Schweden (S)	11,5	12,8	9,9	7,9	10,6	10,4	9,2	8,2

s: Schätzung p:Prognosen n.v. : nicht verfügbar Quelle: OECD, Mai 1993

Aktienindizes in Westeuropa 1990-1992.

(Basis 1985 = 100)



* Angaben für 1990 ohne neue Bundesländer

Quelle: OECD, April 1993

ECU-Wechselkurse 1990-1992.

(1 ECU in Landeswährung*)		1990	1991	1992
Österreich (A)	sterreichischer Schilling	14,440	14,431	14,217
Belgien/Luxemburg (B/L)	Belgischer/Luxemburgischer Franc	42,425	42,223	41,595
Schweiz (CH)	Schweizer Franken	1,762	1,772	1,818
Deutschland (D)	Deutsche Mark	2,052	2,051	2,020
Dänemark (DK)	Dänische Krone	7,856	7,909	7,810
Spanien (E)	Peseta	129,316	128,469	132,513
Frankreich (F)	Französischer Franc	6,914	6,973	6,849
Finnland (FIN)	Finnmark	4,855	5,002	5,806
Großbritannien (GB)	Pfund sterling	0,714	0,701	0,738
Griechenland (GR)	Drachme	201,412	225,216	246,981
Italien (I)	Lira	1 521,941	1 533,235	1 595,286
Irland (IRL)	Irishes Pfund	0,768	0,768	0,761
Norwegen (N)	Norwegische Krone	7,948	8,017	8,042
Niederlande (NL)	Gulden	2,312	2,311	2,275
Portugal (P)	Escudo	181,108	178,614	174,698
Schweden (S)	Schwedische Krone	7,52	7,479	7,533

* Jahresdurchschnitt
Quelle: Eurostat

Makroökonomische Indikatoren für Osteuropa 1991-1992.

(prozentuale Änderung im Vergleich zum Vorjahr)	BIP bei		Inflation		Exporte (Wert)		Importate (Wert)		Arbeitslosigkeit*		
	konstanten Preisen										
	1991	1992p	1991	1992p	1991	1992p	1991	1992p	1991	1992p	
Albanien	-29,9	-23,0	35,5	300	-41,5	n.v.	20,8	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Bulgarien	-22,9	-4,0	334,0	n.v.	2,0	5	-18,0	4	10,4	10,4	13
Tschechische und Slowakische Rep.	-15,9	-7,0	58,7	10	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	6,6	6,6	n.v.
Ungarn	-10,2	-5,0	35,0	n.v.	45,9	14	51,2	-9	8	8	12,5
Polen	-9,0	0,0	70,3	n.v.	12,6	n.v.	28,1	n.v.	11,4	11,4	13
Rumänien	-13,0	-8,0	167,0	n.v.	-3,8	n.v.	-11,8	n.v.	2,9	2,9	7
Slowenien	-15,0	-10,0	117,7	200	-15,6	8	-12,8	n.v.	8,1	8,1	12
GUS**	-11,0	-17,5	90,0	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	0,1	0,1	2,7

p: Prognosen n.v.: nicht verfügbar
 * % der erwerbstätigen Bevölkerung
 Quelle: EBRD, 1992

** Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Wachstum des Investitionsvolumens der Unternehmen in Westeuropa 1991-1994.

(Bruttoinvestitionen des Privatsektors*, prozentuale Änderung im Vergleich zum Vorjahr)	1991	1992s	1993p	1994p
Österreich (A)	6,4	1,6	2,1	4,3
Belgien (B)	-0,4	-0,8	0,5	3,5
Schweiz (CH)	-3,1	-8,3	-1,6	3,0
Deutschland (D)	8,5	-0,6	-2,6	2,9
Dänemark (DK)	-0,6	-8,5	2,8	6,0
Spanien (E)	1,1	-1,4	-2,8	3,4
Frankreich (F)	-2,0	-3,3	-0,6	3,3
Finnland (FIN)	-22,5	-10,0	4,0	7,0
Großbritannien (GB)	-9,6	-3,2	-1,0	1,3
Griechenland (GR)	-0,3	2,1	2,9	6,0
Italien (I)	-1,8	-0,6	-0,3	5,2
Irland (IRL)	-8,7	2,9	3,7	4,0
Norwegen (N)	3,4	-5,5	18,1	7,2
Niederlande (NL)	2,7	0,8	0	3,1
Schweden (S)	-14,5	-11,8	-3	6,0

s: Schätzungen p: Prognosen

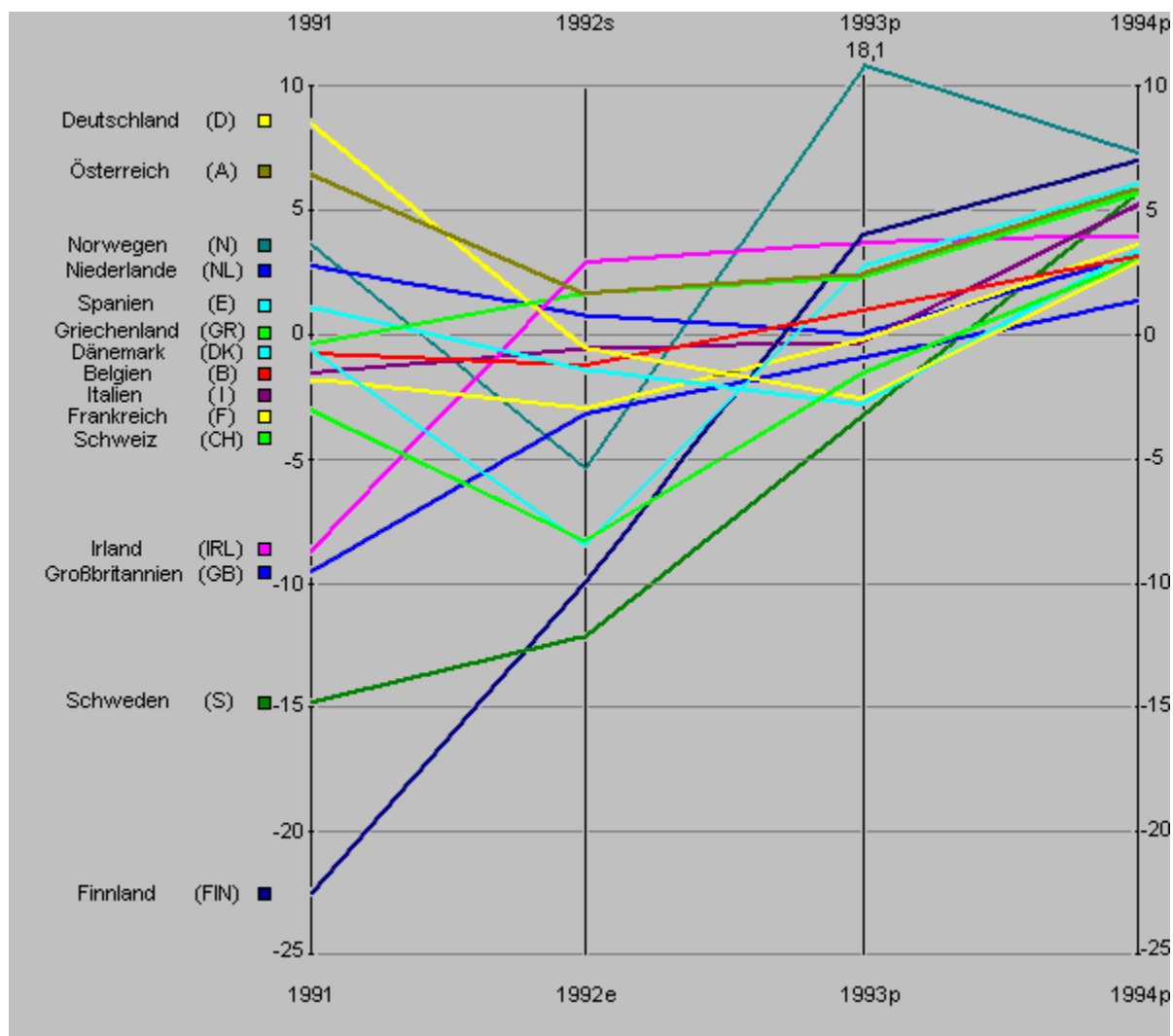
* Immobilien ausgeschlossen

Quelle: OECD, Dezember 1992



Graphik.

Wachstum des Investitionsvolumens der Unternehmen in Westeuropa 1991-1994.



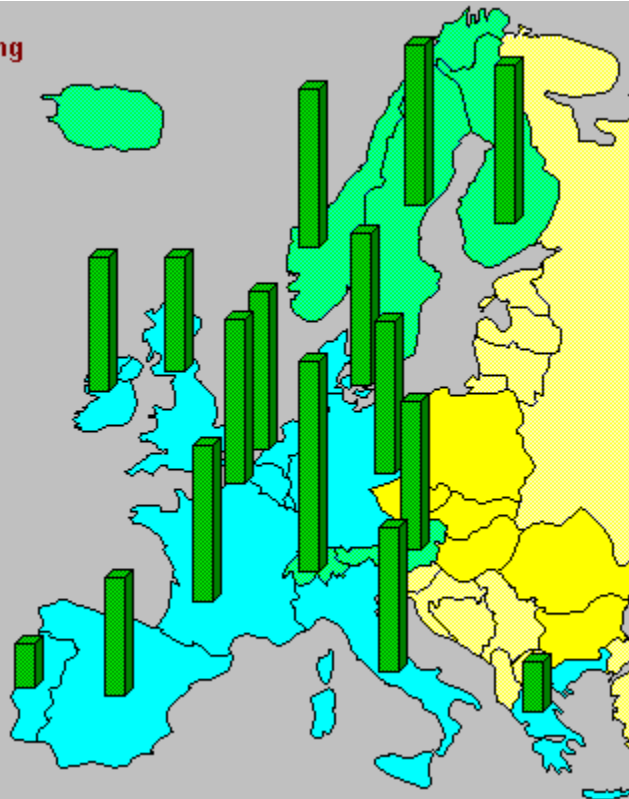
s: Schätzungen p: Prognosen

(Bruttoinvestitionen des Privatsektors*, prozentuale Änderung im Vergleich zum Vorjahr)

* Immobilien ausgeschlossen

Quelle: OECD, Dezember 1992

**Arbeitsmarkt und Entlohnung
in Westeuropa 1992.**

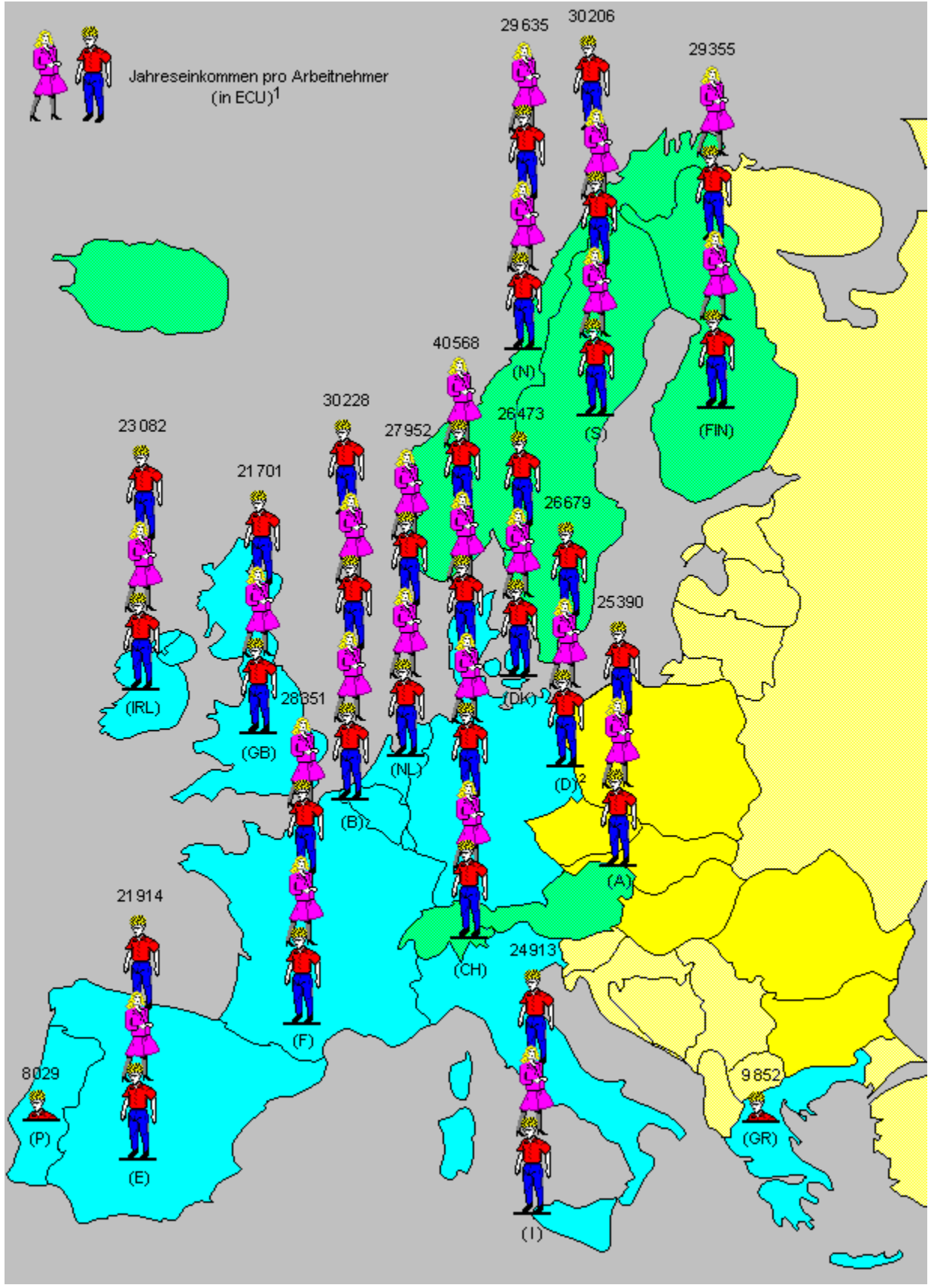


© Europages 1993/1994

Entlohnung in Westeuropa 1992.



Jahreseinkommen pro Arbeitnehmer
(in ECU)¹



Arbeitsmarkt in Westeuropa 1992.

	Erwerbstätige Bevölkerung* (in Tausend)	Erwerbstätige Bevölkerung / Gesamtbevölkerung (in %)	Arbeitslose (% der erwerbstätigen Bevölkerung)*
Österreich (A)	3 662	48,2	4,0
Belgien (B)	4 200	42,9	9,3
Schweiz (CH)	3 616	54,8	3,0
Deutschland (D)	38 794	48,8	7,7
Dänemark (DK)	2 851	54,8	11,0
Spanien (E)	15 163	38,4	18,0
Frankreich (F)	25 033	44,3	10,2
Finnland (FIN)	2 502	50,0	13,1
Großbritannien (GB)	28 188	49,0	10,1
Griechenland (GR)	3 996	40,0	9,1
Italien (I)	23 823	41,7	10,7
Irland (IRL)	1 363	35,9	17,2
Luxemburg (L)	204	51,0	1,5
Norwegen (N)	2 130	50,7	5,9
Niederlande (NL)	5 389	35,7	5,6
Portugal (P)	4 824	46,8	4,2
Schweden (S)	4 467	52,6	4,8

* Schätzungen

1 von den Unternehmen gezahltes Bruttoeinkommen

2 Angabe für 1991

Quelle: OECD / UNO

Kapitalertrag der Unternehmen in Westeuropa 1991-1994.

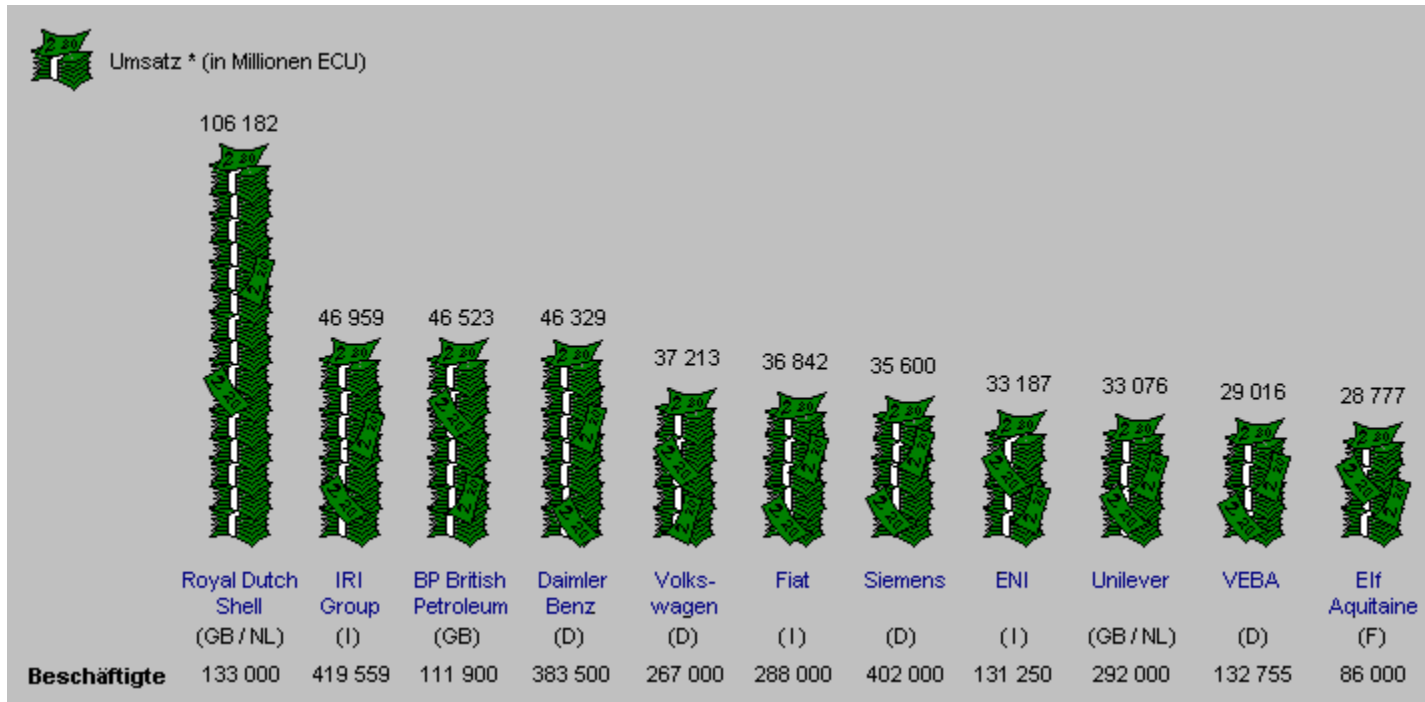
(% des investierten Kapitals)	1991s	1992s	1993p	1994p
Österreich (A)	11,4	11,1	10,9	11,1
Belgien (B)	13,4	13,0	12,7	12,7
Schweiz (CH)	7,4	6,8	7,0	7,3
Deutschland (D)*	14,7	14,2	14,0	14,0
Dänemark (DK)	10,6	10,7	10,7	10,7
Spanien (E)	18,2	18,1	18,0	18,5
Frankreich (F)	13,8	14,2	14,4	14,8
Finnland (FIN)	6,3	7,1	8,0	9,0
Großbritannien (GB)	9,6	10,4	11,3	12,1
Griechenland (GR)	11,0	11,6	12,0	12,1
Italien (I)	12,8	12,2	12,2	12,2
Irland (IRL)	8,6	8,4	8,1	8,2
Norwegen (N)**	4,9	5,0	4,7	4,5
Niederlande (NL)	17,4	17,0	16,6	16,5
Schweden (S)	10,4	12,0	12,5	12,5

s: Schätzungen (teilweise) p: Prognosen * alte Bundesländer

** ohne Schiffsbau und Erdöl- und Ergasförderung

Quelle: OECD, Dezember 1992

Europäische Marktführer nach Umsatzzahlen 1992.



* Geschäftsjahr 1991

Quelle: European Business Press Group (EPBG)

© Europages 1993/1994

**Unternehmensfusionen, -aufkäufe und -zusammenschlüsse
in Westeuropa 1988-1991.**

(Anzahl der durchgeführten Transaktionen)	1988/1989	1989/1990	1990/1991
Belgien (B)	18	21	9
Deutschland (D)*	90	124	111
Dänemark (DK)	2	16	14
Spanien (E)	65	74	35
Frankreich (F)	112	101	115
Großbritannien (GB)	111	168	82
Griechenland (GR)	n.v.	3	8
Italien (I)	49	73	51
Irland (IRL)	8	3	2
Luxemburg (L)	4	3	0
Niederlande (NL)	23	28	21
Portugal (P)	10	8	7
INGESAMT	492	622	455

n.v.: nicht verfügbar

Quelle: E-G Kommission: 21. Bericht über den Wettbewerb, 1992

Exportpreise* für Industrierzeugnisse in Westeuropa 1991-1994.

(Basis 1987=100)	1991	1992s	1993p	1994p
Österreich (A)	90	90	92	92
Belgien/Luxemburg (B/L)	101	105	105	105
Schweiz (CH)	104	104	106	107
Deutschland (D)*	98	101	104	104
Dänemark (DK)	99	100	101	100
Spanien (E)	110	110	109	111
Frankreich (F)	96	95	96	95
Finnland (FIN)	108	98	98	101
Großbritannien (GB)	103	101	97	97
Italien (I)	109	109	105	105
Norwegen (N)	104	107	107	108
Niederlande (NL)	98	98	99	98
Portugal (P)	98	100	97	97
Schweden (S)	105	106	103	102

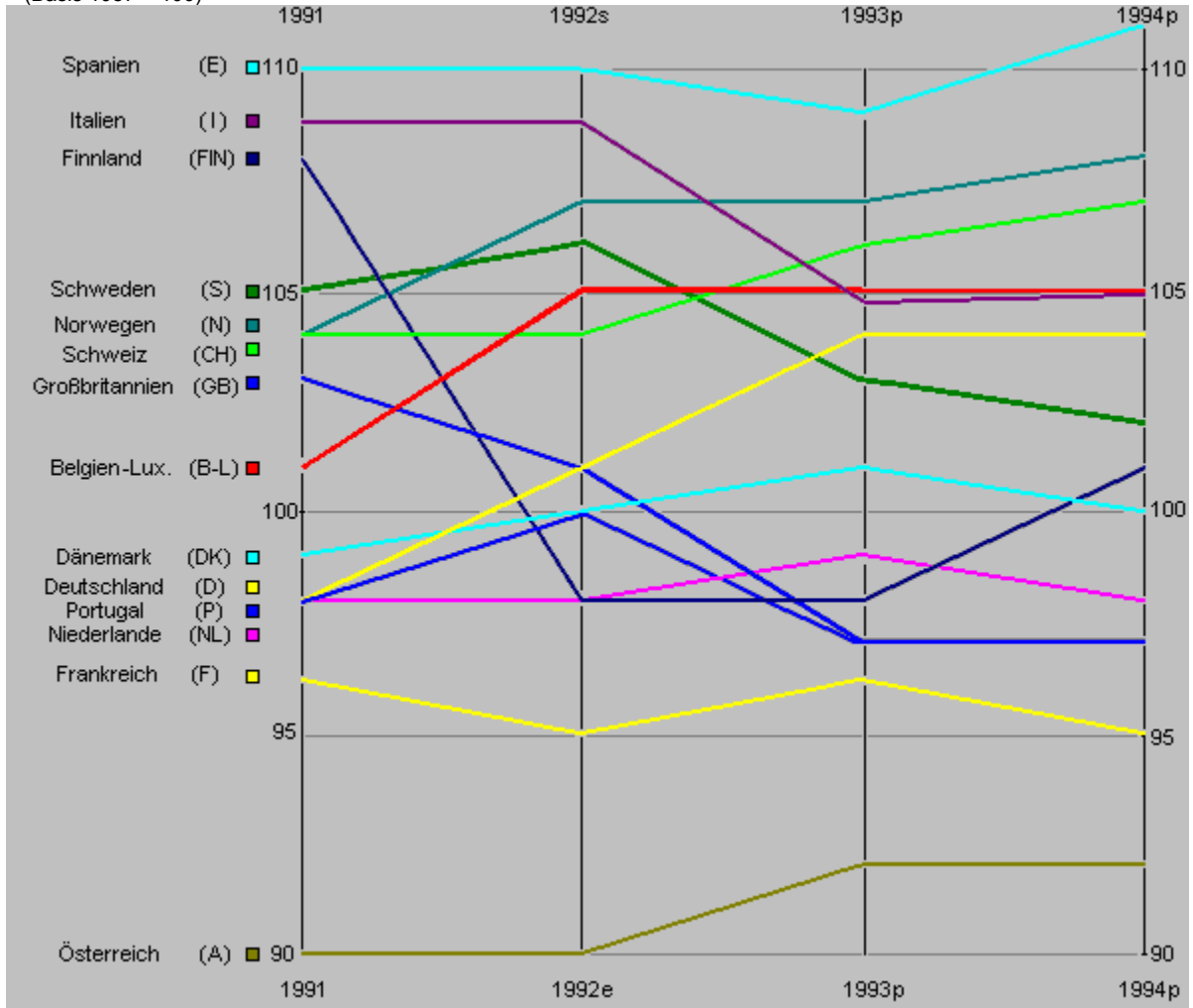
s: Schätzungen p: Prognosen * relative Preise in einer gemeinsamen Währung
 Quelle: OECD, Dezember 1992



Graphik.

Exportpreise* für Industrierzeugnisse in Westeuropa 1991-1994.

(Basis 1987 = 100)



s: Schätzungen p: Prognosen * relative Preise in einer gemeinsamen Währung
 Quelle: OECD, Dezember 1992

Gründung von Gemeinschaftsunternehmen in der EG-Industrie 1988-1991.

(Anzahl der durchgeführten Transaktionen)	Transaktionen n auf nationaler Ebene			Transaktionen auf EG-Ebene			Transaktionen auf internationaler Ebene			Insgesamt		
	88/ 89	89/ 90	90/ 91	88/ 89	89/ 90	90/ 91	88/ 89	89/ 90	90/ 91	88/ 89	89/ 90	90/ 91
	Nahrungsmittel und Getränke	4	5	5	2	2	5	3	4	0	9	1
Chemie, Glas, Keramik, Gummi	8	1	4	9	9	1	1	1	1	2	3	2
Elektrotechnik und Elektronik	8	2	3	7	8	1	1	6	3	8	7	2
Maschinen, Geräte und Anlagen	6	5	1	2	3	1	4	3	2	9	3	4
Elektronische Datenverarbeitung (EDV)	0	0	1	2	0	1	3	0	2	5	0	4
Metallurgie	9	6	4	3	6	4	3	4	2	1	1	1
Fahrzeuge und Transportmittel aller Art	4	5	4	2	1	6	1	5	7	5	6	1
Holz, Möbel, Papier und Verlagserzeugnisse	4	3	3	5	6	5	0	5	2	7	2	1
Rohstoffindustrie	2	1	1	0	0	0	0	0	2	2	1	3
Textilien, Bekleidung, Leder und Schuhwerk	3	0	0	0	2	0	0	2	1	3	4	4
Baumaterial	4	2	4	3	2	2	0	1	1	7	5	5
Diverse Industriebereiche	4	0	3	1	5	2	0	6	1	5	1	6
INSGESAMT	5	4	3	3	5	4	3	6	4	12	15	12
	6	1	3	6	5	9	7	0	5	9	6	

Quelle: EG-Kommission: 21. Bericht über den Wettbewerbs, 1992

**Konvergenzindikatoren der EG-Mitgliedstaaten laut Kriterien
des Maastrichter Abkommens 1991-1992.**

	Inflation*		Haushaltssaldo der öffentlichen Verwaltung/BSP		Öffentliche Verschuldung/BS P		Langfristige Zinsen	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Belgien (B)	3,2	2,4	-7,6	-6,8	134, 4	133,4	9,3	8,8
Deutschland (D)*	4,8	5,0	-3,2	-3,2	41,7	42,5	8,5	7,8
Dänemark (DK)	2,4	2,1	-2,3	-2,3	66,7	71,3	9,6	8,9
Spanien (E)	5,9	5,9	-4,9	-5,1	44,7	46,0	12,6	12,6
Frankreich (F)	3,1	2,8	-2,1	-2,9	47,1	47,7	9,2	8,7
Großbritannien (GB)	5,9	3,7	-2,7	-6,3	34,4	35,9	9,9	9,0
Griechenland (GR)	19,5	16,0	-17,4	-13,8	115,5	114,8	23,3	21,5
Italien (I)	6,3	5,5	-10,2	-10,4	103, 5	108,5	13,0	13,5
Irland (IRL)	3,2	3,3	-2,8	-1,8	98,0	100,0	9,2	10,0
Luxemburg (L)	3,1	2,8	1,5	1,0	6,2	5,8	8,2	7,8
Niederlande (NL)	3,9	3,3	-3,9	-4,0	79,6	80,0	8,7	8,0
Portugal (P)	11,4	9,2	-6,7	-5,7	65,3	69,5	18,5	16,5
EG-Durchschnitt	5,1	4,5	-4,6	-5,3	59,4	61,3	10,3	9,9
Maastrichter Konvergenzkriterien	4,4	4,0	-3,0	-3,0	60,0	60,0	11,0	10,7

* Entwicklung der Verbraucherpreise

Quelle: IWF, Januar 1993

Die Maastrichter Konvergenzkriterien

Am 7. Februar 1992 unterzeichnen die Staatschefs der zwölf EG-Länder in Maastricht das Abkommen über die Europäische Union. Das Maastrichter Abkommen sieht einen Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vor, die spätestens am 1. Januar 1999 abgeschlossen sein und anschließend durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung vollendet werden soll. Die Verwirklichung des Binnenmarktes setzt die progressive Angleichung der europäischen Volkswirtschaften voraus. Diese Angleichung soll sich gleichzeitig auf die reelle Wirtschaftslage der verschiedenen Länder und auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen erstrecken.

Der Vertrag legt fünf Konvergenzkriterien fest, die unter vier Themen gegliedert werden können.

1/ Inflation: die Inflationsrate eines Landes darf höchstens um 1,5% höher liegen als die Durchschnittsrate der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten.

2/ Die langfristigen Zinssätze: diese Zinssätze müssen innerhalb einer Grenze von 2% über oder unter dem durchschnittlichen Zinssatz der drei Länder mit der niedrigsten Inflation liegen, wobei davon ausgegangen wird, daß diese Sätze die Inflationserwartungen der verschiedenen Länder widerspiegeln.

3/ Die Stabilität der Wechselkurse: vor der Aufnahme in die Wirtschafts- und Währungsunion muß der Nachweis erbracht werden, daß die Mitgliedschaft möglich ist. Dazu muß die im Rahmen des EWS vereinbarte Bandbreite übernommen worden sein, und die Parität der betreffenden Währung darf vor dem Beitritt für eine Dauer von zwei Jahren nicht verändert worden sein.

4/ Die Haushaltslage der Staaten: die Länder müssen die zwei folgenden Regeln einhalten: die öffentliche Verschuldung darf nicht mehr als 60% des BIP ausmachen und das öffentliche Defizit muß unterhalb von 3% des BIP liegen.

Ende 1992 erfüllten nur Frankreich, Dänemark und Luxemburg die Konvergenzkriterien hinsichtlich der öffentlichen Finanzen. Großbritannien und Deutschland werden jedoch höchstwahrscheinlich ebenfalls dazu in der Lage sein, ohne von ihrer fundamentalen Haushaltspolitik erheblich abweichen zu müssen. Alle übrigen Länder werden Sondermaßnahmen ergreifen müssen, um ihre Defizite und Verschuldungsraten zu verringern. Da Italien, Griechenland, Irland, Belgien und die Niederlande sehr hohe Verschuldungsraten aufweisen, werden allerdings diese Länder vor 1996 die Verschuldungskriterien womöglich nicht erfüllen können.

Chronologischer Abriß der EWS-Krise: Juni 1992-Mai 1993

■ **2. Juni 1992** : der dänische Volksentscheid zum Maastrichter Abkommen gibt dem Nein eine knappe Mehrheit.

■ **2. Juli** : der Zentralbankrat der Vereinigten Staaten senkt den Diskontsatz auf 3% (statt 3,5%).

■ **16. Juli**: die Bundesbank erhöht den Diskontsatz von 8% auf 8,75%.

■ **Mitte Juli, Ende August**: zunehmende Schwäche des Dollar gegenüber der DM, Devisenspekulationen mit dem englischen Pfund, der Lira, der Peseta und dem Escudo. Am 2. September befindet sich der Dollar gegenüber der DM auf seinem niedrigsten historischen Stand (1 Dollar = 1,3880 DM).

■ **8. und 14. September** : am 8. wird der Wechselkurs der finnischen Mark, die an den ECU gekoppelt war, freigegeben und die dänische Krone wird angegriffen. Am 14. werden neue feste Leitkurse im Rahmen des EWS vereinbart: die Lira wird um 3,5% abgewertet und alle anderen Währungen des EWS werden um 3,5% aufgewertet.

■ **16. September** : die Beteiligung des englischen Pfund am europäischen Wechselkursmechanismus wird eingestellt.

■ **17. September** : erneute Angleichung der Wechselkurse innerhalb des EWS. Die Peseta wird um 5% abgewertet, die Lira stellt ihre Beteiligung am Wechselkursmechanismus ein.

■ **20. September** : der französische Volksentscheid zum Maastrichter Abkommen gibt dem Ja eine knappe Mehrheit.

■ **21-23. September** : auf den Devisenmärkten gerät der französische Franc unter Druck. Die Banque de France und die Bundesbank sprechen ihr Vorgehen gegenseitig ab. Die Bundesbank interveniert auf den Devisenmärkten mit Ankäufen von französischen Francs. Die Banque de France erhöht den Zinssatz für fünf- bis zehntägige Wertpapierpensionsgeschäfte von 10,5% auf 13%. Ende September hat sich der Franc gefestigt.

■ **19. November** : der Wechselkurs der schwedischen Krone wird freigegeben.



■ **23. November** : dritte Angleichung der Wechselkurse innerhalb des EWS. Die Peseta und der Escudo werden um 6% abgewertet.



■ **10. Dezember** : der Wechselkurs der norwegischen Krone wird freigegeben und am 8. Januar 1993 wird die königliche Verordnung vom 19. Oktober 1990 über die Bindung an den ECU aufgehoben.



■ **30. Januar 1993** : vierte Neufestlegung der Wechselkurse, das irländische Pfund wird um 10% abgewertet.



■ **13. Mai** : Abwertung der Peseta um 8% und des Escudo um 6,5%.

Währungspolitische Stufenplan des Maastrichter Abkommens



1. Phase: 1. Juli 1990 - 31. Dezember 1993
(Art. 109 E.2 (a))

- 1/ Aufhebung aller Einschränkungen für den Kapitalverkehr.
- 2/ Maßnahmen zur Untersagung monetärer Finanzierungen.
- 3/ Verbesserung der Angleichung: Annahme von Mehrjahresprogrammen.
- 4/ Aufhebung der Hindernisse, die dem Gebrauch des ECU entgegenstehen.



2. Phase: 1. Januar 1994 - bis spätestens zum 31. Dezember 1998 (Art. 109 E.1)

- 1/ Konvergenz.
- 2/ Amtsantritt des Europäischen Währungsinstituts.
- 3/ Das Europäische Währungsinstitut erleichtert die Einführung des ECU und fördert seine Entwicklung.

- 4/ Keine monetäre Finanzierung der Haushalte.
- 5/ Keine automatische Fremdfinanzierung.
- 6/ Kontrolle der Haushalte der übermäßig defizitären Länder.
- 7/ Verwirklichung der Unabhängigkeit der Zentralbanken.
- 8/ Vorbereitung der dritten Stufe d. h. unter Planung des logistischen, vorschriftsmäßigen und organisatorischen Rahmens des Europäischen Zentralbanksystems zum 31.12.96 spätestens.



3. Phase: spätestens am 1. Januar 1999 (Art. 109 J.4)

- 1/ Einheitliche Geldpolitik und der ECU als vollwertige Währung.
- 2/ Ein Binnenmarkt und eine Währung: der ECU.

Die neue EG-Agrarpolitik und die GATT-Verhandlungen



Die amerikanischen Vorschläge (Oktober 1990).

Der erste amerikanische Vorschlag, zu Anfang der 1987 stattgefundenen Uruguay Round, war die sogenannte "Null-Option", die bis zum Jahr 2000 einen vollständigen Abbau der Agrarsubventionen vorsah. Die Forderungen der Vereinigten Staaten entwickelten sich jedoch im Zuge der Verhandlungen in Richtung des folgenden zweiten Vorschlags:

1. Sogenannte "Preisberechnungs"-Maßnahmen: es handelt sich dabei um die Umwandlung aller Protektionsinstrumente, einschließlich der inländischen Maßnahmen zur Preisstützung, in Zollgebühren. Die festgelegten Zollgebühren sollen dann von 1986-88 bis zum Jahr 2000 um 75% reduziert werden.
2. Abbau von Exportsubventionen um 90% innerhalb derselben Zeitspanne.



Die EG-Vorschläge (November 1990).

1. Abbau um 30% der globalen Stützmaßnahmen für die Mehrheit der Agrarprodukte zwischen 1986 und 1996.
2. Begrenzte Preisfestlegung.
3. Keine spezifischen Maßnahmen in der Politik der Exportbeihilfen.
4. Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Futtergetreide und anderen importierten Tierfutterarten.



Der "Dunkel-Kompromiß" (Arthur Dunkel: Generalsekretär des GATT, Dezember 1991).

1. Abbau der Exportsubventionen um 36% und des subventionierten Exportvolumens um 24% von 1993 bis 1999.
2. Verringerung der internen Subventionen um 20% in der Periode von 1993 bis 1999.
3. Abbau der Zollgebühren um 36% zwischen 1993 und 1999, einschließlich derjenigen, die sich aus der Umwandlung nichttariflicher Handelsschranken in Tarife ergeben.
4. Mindestzugang zu den Inlandsmärkten im Verhältnis von 3% des Inlandsverbrauchs (5% im Jahre 1999). Vorübergehende Schutzmaßnahmen könnten eingesetzt werden.



Der Stand der Verhandlungen am 20. November 1992:

Die EG hat mit den USA ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet, das dem Dunkel-Projekt ziemlich nahekommt. Für eine Periode von sechs Jahren sind folgende Maßnahmen vorgesehen: ein Abbau der subventionierten Exporte um 36%; ein Abbau der Schutzzölle um 36% und ein Mindestzugang für Importe im Verhältnis von 3% des Inlandsverbrauchs (später 5%); und schließlich ein Abbau der internen Schutzmaßnahmen um 20%, abgesehen von den Beihilfen, die im Rahmen der neuen gemeinschaftlichen Agrarpolitik vorgesehen wurden. Ende November bewertete die Kommission dieses vorläufige Abkommen als vereinbar mit der Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik und unterbreitete es offiziell am 16. Dezember in Genf den am GATT beteiligten Parteien. Frankreich legte jedoch gegen diese Initiative Widerspruch ein und beurteilte sie als "null und nichtig".

Die gemeinschaftlichen Instrumente zur Unternehmensinformation und -kooperation

Die EG-Kommission hat eine Reihe von Instrumenten und Programmen geschaffen, die den Unternehmen ermöglichen sollten, mit anderen europäischen Firmen in Beziehung zu treten. Folgende Organismen stellen ein weitgefächertes Angebot von Informationen, Ratschlägen und Kontakten zur Verfügung :

1/ Die EIC (Euro-Info-Zentren).

Die Euro-Info-Zentren, die 1987 auf Veranlassung der EG-Kommission von der Task Force für mittelständische Betriebe gegründet wurden, bieten den europäischen mittelständischen Unternehmen einen leichten Zugang zu Informationen über die EG, über Normen, Rechtsvorschriften, Subventionen, Umweltgesetze, steuerliche Maßnahmen usw. Aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit den Presse- und Informationsbüros der EG können diese Zentren als regional angesiedelte Beratungsstrukturen für Unternehmen angesehen werden. Mehr als 200 Zentren sind in Europa eröffnet. Sie werden von einer zentralen Instanz in Brüssel geleitet, die innerhalb der Generaldirektion XXIII, die sich mit Fragen der Unternehmenspolitik, des Handels, des Tourismus und der Sozialwirtschaft befaßt, für die Koordinierung zuständig ist.

Die Euro-Info-Zentren sind durch ein Datenfernübertragungsnetz miteinander verbunden, das ihnen Zugang zu folgenden EG-Datenbanken verschafft: CELEX (juristische Datenbank mit Informationen zu den europäischen gesetzlichen Regelungen, zu den Vorbereitungsdokumenten der Institutionen, zu den Verfügungen des Gerichtshofs, zu den parlamentarischen Fragen sowie zu den auf nationaler Ebene getroffenen Maßnahmen zur Durchführung der Richtlinien), SCAD (europäische Bibliographie), SESAME (Projekte in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Energie), TED (Öffentliche Ausschreibungen), EABS (Ergebnisse der Forschungs- und Technologieprogramme, die vor allem von der EG finanziert wurden), PABLI (gemeinschaftliche Entwicklungsprogramme), AGREP (Projekte in der landwirtschaftlichen Forschung), RAPID (Informationen von seiten des EG-Wortführers).

2/ Die europäischen zwischenbetrieblichen Kooperationsinstrumente.

Neben den Euro-Info-Zentren hat die Generaldirektion XXIII ebenfalls Organe zur Förderung der Kooperation und der Entwicklung auf internationaler Ebene von mittelständischen Unternehmen gegründet. Hierzu gehören das Büro zur Förderung von Betriebskontakten (BRE: Bureau de Rapprochement des Entreprises), das Business Cooperation Network (BC-NET), Europarteneriat und Interprise. Das 1973 gegründete Büro zur Förderung von Betriebskontakten (BRE) unterstützt die internationale Kooperation in 50 Ländern mit Hilfe eines Netzes von 408 Korrespondenten. Das Business Cooperation Network besteht aus einem Netz von 600 Unternehmensberatern und Mittelspersonen, die in der EG, in den Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und in vielen osteuropäischen Ländern tätig sind. Seit 1988 haben die Berater nach einem kodifizierten System 46 000 von den betreffenden Unternehmen vorgeschlagene Kooperationsmöglichkeiten analysiert und sie per Datenfernübertragung in der zentralen BC-NET-Datenbank in Brüssel gespeichert und dort ausarbeiten lassen.

Die übrigen von der Generaldirektion XXIII eingeführten Instrumente dienen dazu, im Rahmen von zwischen den Regionen und der Generaldirektion XXIII organisierten Treffen direkte Kontakte zwischen den Unternehmen herzustellen. So kamen durch Europarteneriat Begegnungen in Dublin, in Andalusien, in Wales, in Porto und in Leipzig zustande, mit dem Ziel Kontakte zwischen europäischen Firmen, regionalen Entscheidungsträgern und lokalen Betrieben anzuregen und zu fördern. Interprise ist eine Initiative sowohl für europäische als auch für nicht-europäische Firmen zur Förderung von Partnerschaftsabkommen zwischen der Industrie und dem Dienstleistungsbereich in Europa. Die Generaldirektion XXIII hat außerdem Initiativen zugunsten der Zulieferindustrie entwickelt.

*EIC, DG XXIII, Europäische Kommission:
200, rue de la Loi
B-1049 Bruxelles
Tel.: (322) 299 11 11*

